

**Vorsitzender von Knoeringen:** Von dem Genossen wird empfohlen, auch die zu diesem Punkt angenommenen Entschliefungen mit abzudrucken. Ich glaube, das ist zu erwägen. Ist der Parteitag damit einverstanden, daß dies erwogen wird? (Zustimmung.) Ich danke.

Dann, Genossinnen und Genossen, kommen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung, der noch zu behandeln ist, zu Punkt 4:

### **Die Arbeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion**

Dazu ist Referent der Genosse Dr. Walter Menzel. Ich erteile ihm das Wort.

**Walter Menzel** (Bonn): Genossinnen und Genossen! Trotz der ausgezeichneten Referate der letzten Tage und der so viele Probleme umfassenden Aussprache bleibt mir mit dem Bericht über die Arbeit der Bundestagsfraktion nicht nur eine Art Nachlese. Denn ich meine, daß die Bundestagsfraktion nach dem, was sie in den beiden Jahren nach dem Berliner Parteitag im Bundestag geleistet hat, ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen braucht. Obwohl also in diesen Tagen bereits viele Themen angesprochen wurden, ist das Bukett der politischen Probleme in der Bundesrepublik doch so üppig, daß es doch noch der Erörterung mancher Fragen bedarf, wenn sich auch natürlich Überschneidungen mit den bisherigen Referaten und Debatten nicht immer werden vermeiden lassen.

Als ich im Sommer 1954 auf dem Berliner Parteitag über die Arbeit unserer Bundestagsfraktion zu berichten hatte, war die Lage auch für die Fraktion völlig anders als heute. Die SPD-Fraktion war damals die einzige Oppositionspartei. In fast eiserner Entschlossenheit standen wir allen anderen Fraktionen des Parlamentes gegenüber. Was immer die SPD forderte, es wurde häufig deshalb abgelehnt, weil der Vorschlag von ihr kam, und welche Ansinnen auch immer von Adenauer an das Parlament gestellt wurden, sie waren gut, allein schon aus dem Grunde, weil Adenauer es so wollte.

Von einer Solidarität der Gewerkschaftler zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen war nichts zu spüren; fast immer reihten sich die Gewerkschaftler in die Reihen Adenauers ein.

Die politischen Geschehnisse der letzten Monate haben auch die deutsche Innenpolitik in Bewegung gebracht. Was damals niemand für möglich gehalten hätte — in die Front der Restauration eine Bresche zu schlagen — ist Ereignis geworden. Auch im Bundestag blieb der Übermut des Siegers vom 6. September 1953 nicht aus, aber dieser Übermut blieb auch nicht ungestraft. Er führte auf die Dauer zu einem unerträglichen Machtdünkel, zur politischen Selbstherrlichkeit, der im Laufe der Zeit auch nicht vor einer Brückierung der eigenen kleinen Koalitionsfreunde zurückschreckte.

Der BHE wurde aus der Koalition herausgedrängt, die FDP schlug sich seitwärts in die Büsche. So ging die innenpolitische Entwicklung seit 1949 über Adenauer hinweg.

Seit das geschah, hat sich das Bild auch im Bundestag erstaunlich gewandelt. Kontrastierende Schwarz-Weiß-Bilder gibt es nun immer weniger. In der Aussprache gibt es nicht mehr wie früher fünf gleichgeschaltete Sprecher der

Regierung und ihrer Vasallenfraktionen auf der einen und nur einen Redner der sozialdemokratischen Opposition auf der anderen Seite. Die Debatte ist jetzt lebendiger, nuancierter, und die Attacken gegen die Bundesregierung erfolgen jetzt von mehreren Seiten. Diese neue Entwicklung bedeutet aber keinesfalls eine Uniformierung der Meinungen mit den neuen Oppositionellen — vor allem nicht bei den Grundsatzfragen —, aber es bahnt sich in zunehmendem Maße die Möglichkeit einer zeit- und teilweisen Gemeinsamkeit in der parlamentarischen Aktion an. Das gibt zugleich neue Chancen für unsere politische Arbeit auch außerhalb des parlamentarischen Lebens, d. h., konkret ausgesprochen, in den Ländern und in den Gemeinden, und das gilt wiederum — noch konkreter gesagt — für die Wahlvorbereitungen zu den Gemeindewahlen 1956 und die Bundestagswahlen 1957.

Zu diesem Kapitel über die Überheblichkeit des Kanzlers und seiner Fraktion gehört ein Wort über die Vorgänge der letzten Woche im Bundestag. Habe ich nicht recht, wenn ich heute feststelle, daß ein befreiendes Aufatmen durch die Reihen unserer Anhänger ging, als die SPD-Fraktion in der zweiten Lesung des Wehrpflichtgesetzes endlich einmal aus dem Bundestag auszog? Nachdem die Mehrheit des Verteidigungsausschusses die Abstimmung über das Wehrpflichtgesetz bereits im Ausschuß erzwungen hatte, ohne daß überhaupt der im Ausschuß erarbeitete Text vorlag, peitschten die gleichen Regierungsparteien dann das Wehrpflichtgesetz auch im Bundestag durch. Der Kanzler, der seit Jahren all seine Kräfte und seine ganze Entschlossenheit nicht auf das Ziel der Wiedervereinigung, sondern auf das Ziel der deutschen Wiederaufrüstung gerichtet hatte, brüskierte den Bundestag, indem er von der zweiten Lesung weglieb und zur gleichen Stunde, als dem deutschen Volke die Wehrpflicht aufgezungen wurde, beim Papst in Rom über ein neues Konkordat verhandelte. (Hört, hört!)

Wochen vorher schon hatte Adenauer es auf dem Stuttgarter Parteitag erleben müssen, daß er auch innerhalb seiner eigenen Partei in die Defensive geraten ist. Der Adenauer-Mythos schwindet. Die Woge der Begeisterung nach dem Jahre 1953, die eine Zeitlang fast einen plebiszitären Charakter anzunehmen schien — wenigstens in der Vorstellung der Anhänger Adenauers —, ist längst versickert. Auch der Kriegsschmuck nordamerikanischer Indianer, in dem er sich letztlich in den Vereinigten Staaten zu zeigen wünschte, wird kein Come-back bringen. Immer mehr zeigt sich, daß der Auftrag der Wähler, der vor allem der Person Adenauers und erst in zweiter Linie seiner Partei galt, nicht erfüllt worden ist.

Die beiden Schlappen, die die Unions-Partei in Düsseldorf bei der Regierungs-umbildung und in Bonn bei der Behandlung der Wahlrechtsfrage erlitten hatte, führten zu einer tiefen Beunruhigung und Mutlosigkeit unter den Abgeordneten der Bonner Regierungsparteien. Die CSU hatte es zu ihrem Leidwesen einige Zeit vorher selbst erfahren müssen, wie schnell man sich aus einer jahrelang als sicher angesehenen Position und aus einer Landesregierung herausmanövrieren kann. Mit Sorge sieht man nun die gleiche Gefahr im Bunde.

Längst gilt in Bonn nicht mehr der abgewandelte Spruch:

„Und wenn der große Konrad kommt und klopft nur auf die Hosen,  
dann läuft die ganze Reichsarmee, Panduren und Franzosen.“

Das ist im Zeichen einer wirtschaftlichen Konjunktur, im Zeichen also einer weitgehenden Befriedigung vieler materiell-egoistischer Wünsche, vor allem aber im Zeichen der absoluten Mehrheit der CDU/CSU — mit oder ohne Satelliten — besonders bemerkenswert.

Wir haben in diesen Tagen viele Gründe gehört, die zu der allenthalben festzustellenden *Unsicherheit und Unruhe im Volke* geführt haben; ihr Kern sind und bleiben die Versuche der Bundesregierung, die durch die östliche Nachbarschaft entstandenen Probleme nur mit einer Politik der Stärke, mit der Drohung zur Errichtung einer Armee von 500 000 Soldaten meistern zu wollen. Als ob auf den Spitzen von Bajonetten jemals eine gesunde und erfolgreiche Politik möglich gewesen wäre.

Anstatt in dieser Situation, in der wir uns befinden, in erster Linie an den Einsatz nichtmilitärischer Waffen zu denken, anstatt eine Politik des Zusammenschlusses, der Konsolidierung und der sozialen Gerechtigkeit zu führen, anstatt zu erkennen, daß unser gesamtes Wirtschafts- und Sozialsystem zur Debatte steht und man den Auseinandersetzungen hierüber einfach nicht mehr ausweichen kann, greift man zu den ältesten, primitivsten Mitteln der Politik, der Neuschaffung militärischer Einheiten.

Nirgends mehr als bei diesem Ost-West-Problem zeigte sich auch der für uns Deutsche unlösbare Zusammenhang zwischen der Außen- und der Innenpolitik; Zusammenhänge, die andere Nationen, die ihre Einheit bewahren konnten, nicht kennen, und die daher auch die Tragweite jener durch die Außen- und Innenpolitik Adenauers immer größer werdenden Kluft zwischen der SBZ und der Bundesregierung nicht zu überschauen vermögen.

Ob diese Unruhe, von der ich sprach, anhalten und zu einer Neuorientierung oder zu einer wirklichen Wandlung unserer Innenpolitik führen wird, bleibt völlig offen. Lassen wir uns nicht täuschen. Der Mythos des einen Mannes mag im Verblassen sein, aber die Position jener Kräfte, die seit 1949 die neue Gesellschaftsordnung geschaffen haben — wirtschaftlich, sozial und vor allem kulturell — und für die Adenauer im wesentlichen nur seinen Namen hergab, ist, glaube ich, kaum erschüttert.

Dabei würden gerade die jüngsten Hoffnungen, die der Welt durch die Automatisierung der Industrie und die Ausnutzung neuer Energiequellen durch die Atomspaltung zu friedlichen Zwecken gegeben werden, neue Chancen und neue Wege ermöglichen. Denn noch hat der Westen auf diesem Gebiete den Vorsprung.

Das waren einige allgemeine Vorbemerkungen, die ich den einzelnen Sonderabschnitten voranstellen mußte; sie stellen so etwas wie einen Generalnenner dar, unter dem die beiden letzten Jahre unserer Bundestagsarbeit zu werten sind.

Da die Probleme aus dem Bereiche der Außenpolitik, verbunden mit den Fragen der Wiedervereinigung und der neuen Wehrgesetzgebung, in diesen Tagen durch besondere Referate behandelt worden sind, gehe ich auf sie im Rahmen des Berichtes über die Fraktionsarbeit im Bundestage nicht mehr ein. Auch dieses Mal verweise ich, wie auf dem Parteitag 1954, ergänzend auf den schriftlichen Bericht in unserem Partei-Jahrbuch über die Arbeit der Bundestagsfraktion. Er enthält eingehendes für die politische Orientierung und für

unsere Propaganda vorzüglich geeignetes Material über die von uns eingereichten Gesetze, über unsere Anträge zu den Gesetzesvorschlägen der Regierung oder anderer Fraktionen, über unsere großen und kleinen Anfragen. Neben den großen Debatten über die Außen- und Wiedervereinigungspolitik standen die Haushaltsberatungen im Mittelpunkt unserer Bundestagsarbeit. Wenn ich einiges darüber an den Anfang meines Berichtes stelle, so deshalb, weil der Haushalt und die durch ihn in Anspruch genommenen Finanzmassen zugleich die Grundlage für die Wirtschafts- und Sozialpolitik bilden.

Auf dem Stuttgarter Parteitag der CDU hat Adenauer den Bericht über 10 Jahre Arbeit seiner Partei mit folgenden Worten begonnen:

„... Lassen Sie mich beginnen bei der wirtschaftlichen Lage, weil die wirtschaftliche Lage auch von entscheidender Bedeutung ist für die geistige Situation...“

Genossen! Welche marxistische Anwendung des Herrn Bundeskanzler! Welche plötzlich von ihm und seiner Partei bisher so erbittert bekämpfte Erkenntnis, daß der wirtschaftliche Unterbau weitgehend den geistigen Überbau bestimme. Wir können nur feststellen: Konrad Adenauer zwischen Karl Marx und Carlo Schmid!

Die Haushaltspläne geben uns seit langem nicht mehr genügend Einblick, was wirtschafts- und sozialpolitisch in der Bundesrepublik vor sich geht.

Jede gründliche Durchleuchtung des Haushaltes ist heute unmöglich. So geht jede wirkliche und wirksame Kontrolle verloren. Das stärkt die Allmacht der Bürokratie. Wer von uns Abgeordneten kann noch mit ehrlichem Gewissen sagen, was in den Einnahme- und Ausgabeschätzungen des Bundesfinanzministers Dichtung und Wahrheit ist?

Der neue Haushalt für 1956 liegt in Einnahmen und Ausgaben von rund 35 Mrd. DM um rund 5 Mrd. DM höher als der des Vorjahres. 1950 betrug er 14,6 Mrd. DM, 1951 20,8 Mrd. DM, 1954 28,2 Mrd. DM, d. h. rund das Doppelte von 1950. Das Aufkommen der Umsatzsteuer, der Einkommen- und Körperschaftssteuer liegt bei rund 11 bis 12 Mrd. DM. Zölle und weitere Verbrauchssteuern ergeben rund 5 Mrd. DM.

Die Ausgabenseite wird wesentlich bestimmt durch die Verteidigungs- und die Besatzungskosten von zur Zeit 12 Mrd. DM. Diese Belastung wird nach den Ankündigungen des Bundesfinanzministers in den nächsten Jahren auf rund 15 Mrd. DM steigen. Lange Zeit hatte die Bundesregierung die Gesamtkosten der Aufrüstung verschleiert. Erst durch ein Versehen der Finanzbürokratie erfuhr die Öffentlichkeit davon, als die Presse mitteilte, die Bundesregierung wolle die Vereinigten Staaten um 4½ Mrd. DM anpumpen mit der Begründung, der Aufbau der deutschen Bundeswehr würde in den nächsten drei Jahren 45 Mrd. DM verschlingen, Deutschland aber sei nicht in der Lage, diese Summe alleine aufzubringen.

Hierbei sind die Kosten für den Schutz der Zivilbevölkerung noch nicht berücksichtigt.

Damit wird auch in Zukunft mehr als ein Drittel des Gesamthaushaltes für eine wirtschaftlich unproduktive Aufgabe verlorengehen. Auf die Idee, das, was zunächst an Milliarden gespart werden konnte, weil die Aufstellung der Wehrmacht nicht so schnell erfolgte, wie Adenauer es wünschte, für die soziale Aufrüstung aufzuwenden, kam die Bundesregierung nicht. Man zahlte

dieses ersparte Geld lieber freiwillig und zusätzlich an die westlichen Alliierten für Stationierungskosten.

Noch steht unsere Wirtschaft vor den ungelösten Problemen, die die deutsche Remilitarisierung mit sich bringen wird. Der vielbeklagte Juliusturm ist nur eine Voraustruppe, sozusagen der Quartiermacher der neuen Milliardenkosten, die in den nächsten Jahren vor uns liegen werden, und für die wir Jahr um Jahr, Monat um Monat und Woche für Woche von unseren Löhnen und Gehältern werden Mark für Mark bezahlen müssen.

Der Juliusturm der Wilhelminischen Zeit barg in gut geprägten Goldstücken einen Kriegsschatz von 120 Millionen DM. Aus den Millionen von damals wurden die Milliarden von heute, denn auch sie wurden für die Aufrüstung gehortet.

Bisher hat das alles, was im Haushalt des Verteidigungsministeriums für die ersten militärischen Einrichtungen in Bonn, Andernach und Wilhelmshaven usw. etatisiert wurde, noch nicht viel gekostet im Verhältnis zu dem, was es später einmal kosten wird. Aber schon sind die gleichen Kreise, die sich der Adenauerschen Außen- und Aufrüstungspolitik mit Haut und Haaren verschrieben haben, die gar nicht schnell genug die politischen Voraussetzungen für die Remilitarisierung der Bundesrepublik gegen unseren Willen erzwingen konnten, jetzt die ersten, die den Bundesfinanzminister wegen seiner auf dieser Remilitarisierung beruhenden Finanzpolitik auf das heftigste attackieren.

**Vorsitzender Steinhoff:** Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, Drexler.

**Drexler:** Genossinnen und Genossen! Die Wahl der Vorsitzenden hat folgendes Ergebnis gebracht: Von 386 wahlberechtigten Delegierten haben 379 gültige Stimmen abgegeben. Ungültig war keine Stimme. Davon erhielt der Genosse Erich Ollenhauer als Vorsitzender 368 Stimmen (anhaltender stürmischer Beifall). Der Genosse Wilhelm Mellies erhielt als stellvertretender Vorsitzender 306 Stimmen (erneuter anhaltender Beifall).

**Vorsitzender Steinhoff:** Wir fahren in unseren Beratungen fort.

**Walter Menzel** (Bonn): Genossinnen und Genossen! Das war eine angenehme Unterbrechung.

Ich sprach von der Hortungspolitik und dem Julius-Turm. Diese Hortungspolitik — und das kann man angesichts der kommenden Bundestagswahlen der Öffentlichkeit gar nicht häufig genug sagen und klarmachen — ist nichts weiter als ein vorweggenommenes Stück Wahltaktik Konrad Adenauers. Er weiß genau, daß alle diese Milliarden an Verteidigungskosten nur aufgebracht werden können, wenn die Steuerschraube eines Tages weiter angezogen wird. Das aber soll auf keinen Fall vor dem Herbst 1957 geschehen, genau aus den gleichen Gründen, wie nach den Ankündigungen Blanks kein Deutscher vor dem Herbst 1957, d. h. vor den Wahlen, zum Militär eingezogen werden soll.

Ein Staatsbürger meinte vor einiger Zeit nicht zu Unrecht, es sei doch recht schade, daß man in der Bundesrepublik nicht alle zwei Jahre vor neuen Wahlkämpfen stünde, dann würde man doch häufiger als jetzt von Steuersenkungsplänen hören.

Ganz ungeniert haben die Regierungsparteien zugegeben, daß ihre Steuer-senkungspläne nicht für die Dauer, sondern nur für zwei Jahre gedacht seien, also bis kurz nach den Wahlen.

Die Sozialdemokratie griff bei diesen Auseinandersetzungen um die Steuer-senkung im wesentlichen auf ihre früheren, von den Regierungsparteien abgelehnten Anträge zurück. Sie forderte u. a. die Streichung oder Senkung einer Reihe von Verbrauchssteuern, eine lineare Zollsenkung von 40%, eine Herabsetzung der Gewerbesteuer zugunsten der kleinen und mittleren Selbständigen, eine gestaffelte Einkommensteuersenkung und eine Erhöhung des Arbeitnehmer-Freibetrages. Z. B. Zucker, Salz, Tee, Kaffee, Leuchtmittel sollen nach den SPD-Vorschlägen völlig von den Verbrauchssteuern befreit werden. Um die Preise zu senken und die Importschleusen zu öffnen, haben wir in zwei Konjunkturdebatten, im Oktober 1955 in Berlin und im Juni 1956 in Bonn, vorgeschlagen, alle Zölle um 40% linear zu senken.

Da aber Schäffer bei jedem Taler, den der Staatsbürger weniger an Lohn- und Einkommensteuer zu zahlen hat, nur auf 1 DM zu verzichten braucht, die Länder jedoch von diesem Taler 2 DM verlieren, riefen die Vorschläge der Bundesregierung auf Senkung der Einkommen- und Körperschaftssteuer die Länder auf den Plan. Sie wiesen mit Recht darauf hin, daß ihre Haushaltslage eine weitere Schmälerung nicht vertragen könne, und sie sich im Falle einer Senkung der Einkommen- und Körperschaftssteuern ihrerseits an den Gemeinden schadlos halten würden. Um das zu vermeiden, entschloß sich unsere Fraktion, die völlige Aufhebung des Notopfers Berlin in Höhe von 1,2 Mrd. DM, da sie allein zu Lasten des Bundes gehen würde, zu fordern.

Selbstverständlich haben wir diesen Antrag in voller Übereinstimmung mit unseren Berliner Genossen gestellt; denn Berlin würde dadurch nicht eine D-Mark weniger an Bundeshilfe erhalten. Schäffer lehnte — wie immer — ab. Bei den Auseinandersetzungen hierüber bewies er erneut, wie sehr er sich von einem einst von seinen Freunden so gefeierten Finanzgenie zu einem knickrigen Vereinskassierer entwickelt hat.

Bei dieser Gelegenheit flammte noch einmal der jahrelange Streit zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung der Steuererträge auf. Kurz vorher hatte der Bundestag diesen Streit durch ein seit Jahren fälliges Gesetz zu Art. 107 GG über den Finanzausgleich beendet, wonach der Bund für die nächsten drei Jahre zu einem Drittel und ab 1958 zu 35% an dem Aufkommen aus den Einkommen- und Körperschaftssteuern beteiligt sein wird, während ihm die Umsatzsteuer allein verbleibt und er das Recht erhält, von sich aus in beliebiger Höhe Zuschläge zu den Einkommen- und Körperschaftssteuern als Bundessteuer zu erheben.

Unsere Bemühungen um die Schaffung eines nationalen Budgets werden fortgesetzt werden. Dem Bundestag liegt zur Zeit ein von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eingebrachter Gesetzentwurf zur Förderung eines stetigen Wachstums der Gesamtwirtschaft vor.

Wie im vorigen Jahr spielten auch bei der Haushaltsdebatte 1956 die Kosten für den zivilen Luftschutz eine erhebliche Rolle. Das Gesamtprogramm wird 15 bis 20 Mrd. DM verschlingen, aber im Haushalt 1956 sind nur 88 Mill. DM vorgesehen.

Die Fragen des Luftschutzes haben den früheren Rahmen lediglich technischer Probleme längst gesprengt.

Sie haben sich inzwischen zu wesentlichen Problemen der Innen-, der Außen- und auch der Aufrüstungspolitik ausgewachsen.

Wenn man von der Bonner Politik und ihren Unterlassungen der letzten Jahre spricht, dann darf man an ihren Versäumnissen, im Verteidigungsfalle 50 Millionen zivile Deutsche schutzlos zu lassen, nicht vorübergehen. Es erhebt sich zwangsläufig die Frage, was sich die Bundesregierung bei diesem Blinde-Kuh-Spielen gegenüber der Bevölkerung gedacht hat, und aus welchen Gründen sie glaubt, im Kriegsfall 50 Millionen Menschen schutzlos dem Bombenhagel und der Vernichtung preisgeben zu können.

Vielleicht ist die Bundesregierung der Auffassung jenes alliierten Fliegergenerals, der da meinte, der nächste Krieg würde nur sieben Minuten dauern. Dann wären Luftwarnung und Alarm, Evakuierungen und Luftschutzanlagen in der Tat überflüssig — dann aber auch 12 deutsche Divisionen.

Und wenn das Verteidigungsministerium, nach seinen Plänen für den zivilen Luftschutz befragt, erklärt, daß dies alles zwar sehr ernste Probleme aufwerfe, aber das Verteidigungsministerium nichts angehe, denn dafür sei das Innenministerium zuständig, dann kann man nur fragen, wie mögen die Sandkastenspiele jenes Militärs aussehen, der glaubt, das Schicksal von 50 Millionen Menschen mit Kompetenzfragen abtun zu können. Wie muß sich in jenen Köpfen die Welt spiegeln; welche Überheblichkeit und welcher sträfliche Egoismus: wenn ich nur meine Soldaten bekomme, was schert mich dann die Zivilbevölkerung.!

Bei ihrem Vorgehen hat die Bundesregierung jahrelang Schützenhilfe durch die westlichen Alliierten erhalten. Das begann bereits zur Zeit des Korea-Konfliktes. Besatzungsmächte und Bundesregierung versuchten durch öffentliche Meinungssteuerung die Probleme vor der Bevölkerung zu verschleiern. Im Rausch einer „Politik der Stärke“ nahm eine breite Öffentlichkeit von diesen Problemen keine Notiz.

Zweifellos beruht die Haltung der Bundesregierung auch mit darauf, die deutsche Öffentlichkeit nicht vor den Bundeswahlen 1957 über die riesigen Lasten des zivilen Luftschutzes — darunter eine achtprozentige Mieterhöhung für Luftschutzkeller — als Folge ihrer verfehlten Außen- und Aufrüstungspolitik zu unterrichten.

Kein anderes Volk ließe sich eine derartige Behandlung gefallen. Aber auch keiner Presse anderer Länder — soweit sie nicht von Diktatoren regiert werden — würde man zumuten, diesen Feldzug des Schweigens und Verschweigens mitzumachen.

Wir aber sind nicht bereit, diese Verschleierungspolitik und dieses Glücksspiel mit dem Schicksal von Millionen Menschen länger zu dulden.

Wenn schon gegen unseren Willen wieder aufgerüstet wird, so müssen wir um so mehr an den Schutz der Zivilbevölkerung denken, mag man unseren Antrag, 1 Milliarde DM vom Verteidigungsetat abzuzweigen und für Luftschutzbauten zu verwenden, auch immer wieder ablehnen.

Kein Wunder, daß das allgemeine Durcheinander auf der Regierungsbank nicht ohne Rückwirkungen auf die Wirtschaftspolitik blieb. Das Ahlener Programm der CDU ist längst vergessen; weder der Fraktionsvorsitzende Dr. Krone noch der Bundeskanzler haben es auf dem Stuttgarter Parteitag der CDU erwähnt. Heute schämt man sich der damaligen Bereitschaft, auch in der Wirtschaft nach 1945 neue Wege gefordert zu haben.

In der Maßlosigkeit einer von der CDU gar nicht begriffenen oder wider besseres Wissen diffamierten planmäßigen Wirtschaftspolitik lehnten die Regierungsparteien jedes Ordnungsprinzip überhaupt ab. Und nun wird Erhard die Geister, die er rief, nicht mehr los. Vergeblich versucht er jetzt, Handel und Produktion zum Maßhalten zu bewegen, vergebens beschwört er die von ihm so verwöhnten Kreise, durch weitere Erhöhung der Preise nicht die Gewerkschaften zu neuen Lohnforderungen zu zwingen. Vergeblich versucht er, die Verbände davon zu überzeugen, daß ihr Weg in die Kosteninflation zu einer schleichenden Kapital- und Geldentwertung führen muß, nachdem er selbst jahrelang die freie Wildbahn als das ideale Übungsgelände für die sogenannte freie Marktwirtschaft zur Verfügung gestellt hatte.

Schon der letzte Sommer brachte die ersten konjunkturellen Krisenanzeichen. In seiner Berliner Sitzung vom Oktober 1955 nahm der Bundestag hierzu auf Grund eines geschlossenen sozialdemokratischen Konjunkturprogramms Stellung. Aber unsere Vorschläge wurden wieder einmal in den Wind geschlagen. Eine weitere Konjunkturdebatte nach dem Krach im Gürzenich zu Köln wurde zunächst von der Bundesregierung abgelehnt mit der Begründung, die Bundesregierung müsse sich erst einmal schlüssig werden, was sie selbst wolle. Die Konjunkturdebatte, die dann im Bundestag im Juni d. J. endlich stattfand, zeigte erneut, wie weit die Bundesregierung bereits den Interessenten ausgeliefert und nicht in der Lage ist, die konjunkturellen Schwierigkeiten zu meistern.

Seit Jahren waren und sind die Zonenrandgebiete unsere Sorgenkinder. Es hat langer Kämpfe im Bundestag bedurft, um in den Jahren seit 1953 wenigstens einen einmaligen Betrag von 120 Mio DM für Frachthilfe und Sonderabschreibungen durchzusetzen. Für die mittelständische Wirtschaft geschah nichts. Auch eine zinsverbilligte Kreditaktion in Höhe von 50 Mio DM, Vorschläge für ein 60-Mio-DM-Arbeitsbeschaffungsprogramm und schließlich ein Straßenbauprogramm von 65 Mio DM wurden abgelehnt oder blieben in den Ausschüssen unerledigt liegen.

Das gleichzeitig von uns beantragte 25-Mio-DM-Programm für Jugend, Schule und Sport schmolz durch den Widerstand der Regierungsparteien auf winzige 5 Mio DM zusammen. Anträge auf weitere Hilfe für die Zonenrandgebiete liegen seit fast zwei Jahren unerledigt in den Ausschüssen.

Bezeichnend für die Abhängigkeit Adenauers von seinen Wahlgeldgebern ist, daß der Kanzler auf der Kölner Tagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sogar seine eigenen Minister Erhard und Schäffer wie dumme Jungs behandelte, wie er ja überhaupt mit seinen Ministern viel Ärger hat. Gegenüber den Hausfrauen machte es sich der Bundeskanzler noch einfacher. Er löste das Problem der ständig steigenden Preise dadurch, daß er die Hausfrauen ermahnte, mehr als bisher wieder mit dem Pfennig zu rechnen.

Wer die Prinzipien der freien Marktwirtschaft vertritt, darf sich über das Durcheinander auch auf weiteren Teilgebieten unserer Gesamtwirtschaft nicht wundern. Nirgends ist das Versagen der Bundesregierung für den einzelnen Staatsbürger so leicht erkennbar wie bei ihrer Verkehrspolitik, weil jeder jeden Tag ihre Unzulänglichkeiten auf seinem Weg von und zur Arbeitsstätte selbst zu spüren bekommt. Über Versprechungen und kümmerliche Pläne ist die Bundesregierung trotz aller Vorschläge seitens der Sozialdemokratie, insbesondere auf ihrem Hamburger Kongreß am 23. und 24. Juni d. J., nicht



hinausgekommen. Das 35-Milliarden-Programm des Herrn Seebohm verliert schon wegen seiner Größenordnung an Glaubwürdigkeit, es sei denn, die Bundesregierung verzichtet auf die Aufrüstung. Allmählich werden die Verkehrsprobleme zu einer innenpolitischen Bedeutung ersten Grades. Die Todeskurve steigt. Im letzten Jahr forderte der Moloch Verkehr mehr als eine halbe Division Tote. Für den gleichen Zeitraum gingen die Körper- und Sachschäden in die Hunderte von Millionen.

Um die hohen Defizite der Bundesbahn zu beseitigen und Mittel für den *völlig vernachlässigten* Straßenbau zu beschaffen, wurden dem *Straßenverkehr neue Lasten* auferlegt.

Diese Maßnahmen brachten zwar der Bundesbahn einige Erleichterungen und erhöhten die Etatmittel für den Straßenbau, sie reichten aber keineswegs aus, um die Bundesbahn zu sanieren und den teilweise verheerenden Zustand unserer Straßen auch nur einigermaßen zu verbessern.

Daher sehen sich Zehntausende von Fuhrunternehmen durch die Verkehrspolitik der Bundesregierung in ihrer Existenz bedroht. In überfüllten Massenversammlungen protestierte das Transportgewerbe gegen die mittelstandsfeindliche Politik. Links- und rechtsradikale Gruppen hielten ihre Stunde für gekommen, um aus der Ideenlosigkeit des Bundesverkehrsministeriums politischen Gewinn zu ziehen.

Für uns Sozialdemokraten ist das Verkehrsproblem zugleich auch ein soziales Programm, daher fordern wir nicht nur die Sanierung unseres Straßenbaues und die Beseitigung der unbewachten Schienenübergänge; wir wollen, daß endlich auch etwas Entscheidendes für die Eisenbahn unternommen wird, damit sich die bei ihr investierten Milliarden unseres Volksvermögens nicht weiter entwerten.

Wir fordern ebenso energisch, daß endlich alles geschieht, um den Güter- und Frachtverkehr zu rationalisieren, vor allem aber den Berufsverkehr zu erleichtern. Wer einmal in den Früh- oder Abendstunden mit ansehen muß, wie die übermüdet von der Arbeit kommenden Menschen in alten, ausgeleierten Waggons zusammengepfercht werden, wird die Bedeutung unserer Forderung für die arbeitenden, auf die Bahn angewiesenen Schichten nicht mehr überhören können.

Die Strukturwandlungen unserer Wirtschaft, und damit unserer gesamten Gesellschaftsordnung, sind auch an der Landwirtschaft nicht spurlos vorübergegangen. Das wurde durch den ersten Grünen Bericht des Bundesernährungsministers ersichtlich.

Das Übergewicht liegt auch heute noch bei den Hunderttausenden von Klein- und Mittelbauern sowie bei den Familienbetrieben. Aber noch immer haben sie sich nicht aus der politischen und geistigen Vormundschaft des Großbesitzes frei machen können. Die Bundesregierung ist ihrerseits vor wirklichen Reformen zurückgeschreckt; vor allem hat sie es nicht vermocht, die Bodenreform und die Flurbereinigung stärker voranzubringen, obgleich gerade in Deutschland die Ideen eines Adolf Damaschke bahnbrechend gewesen sind.

Auch für den Bauern ist das Ergebnis seiner Arbeit von den Preisen der Produkte und den Kosten seiner beweglichen Produktionsmittel abhängig. Aber entscheidend für seine gesellschaftliche Position ist immer noch, wie seit jeher, sein Besitz und sein Verfügungsrecht über Grund und Boden.

Eine Partei wie die unsere darf an den Sorgen des Bauern nicht vorübergehen. Die Ungleichheit der Entwicklung in der allgemeinen Wirtschaft und in der Landwirtschaft ist der eigentliche Herd der Unzufriedenheit. Die Preisschwankungen der landwirtschaftlichen Produkte machten den Bauern klare Dispositionen bei der Aufzucht von Tieren und bei der Ackerwirtschaft unmöglich. Daher der von uns vorgelegte Gesetzentwurf über die Marktordnung von Getreide, um die deutsche Landwirtschaft aus den Schwankungen der Weltpreise im Rahmen des Erträglichen herauszuhalten. In der gleichen Richtung lagen unsere Bemühungen um die Veredelungsbetriebe und bei der Milchpreisgestaltung.

Daß alle unsere Bemühungen auf diesem Gebiet immer in Übereinstimmung mit dem Interesse der Verbraucher zu bringen waren, verstand sich von selbst. Und noch ein anderer Grund bewegt mich, diese Probleme auf einem Parteitag der SPD anzusprechen: Die Wahlen in den letzten Jahren haben uns gerade auf dem flachen Lande einen größeren Zuwachs an Wählerstimmen gebracht. Dieses Reservoir sollten wir mehr als bisher beachten und für die Werbung ausnützen.

Seit jeher hat sich die SPD für den bäuerlichen Familienbesitz eingesetzt. Ich erinnere an die Forderung nach einem stabilen Preisgefüge, nach der Aufteilung der Latifundien, nach einer Förderung des Siedlungswesens. Nirgends findet sich in unserer Parteiliteratur auch nur die geringste Andeutung einer Gegnerschaft gegen den Bauern. Nur der Großgrundbesitz war es, vor allem in seiner ostelbischen Prägung, den wir als politische Exponenten ebenso bekämpft haben wie den Großbesitz an Eisen, Stahl und Kohle, weil dieser Besitz politisch mißbraucht wurde und seine Träger die zähsten Verteidiger der jeweiligen restaurativen Innen- und Außenpolitik gewesen waren. Das Verhältnis zwischen Industriearbeiterschaft und bäuerlichem Kleinbesitz hat sich ebenfalls in den letzten Jahrzehnten entscheidend geändert — und sollte sich weiter ändern. Der Industriearbeiter ist längst nicht mehr der besitzlose Proletarier, und der Bauer längst nicht mehr der Grandseigneur, der unbeschränkte Herrscher und Gebieter auf seiner Scholle. Die Technik des letzten Jahrhunderts hat beide wirtschaftlich und sozial einander nähergebracht. Unsere Aufgabe wird es sein, dies beiden Teilen auch zum Bewußtsein zu bringen.

Nur so wird es gelingen, die noch immer bestehende Mauer der gegenseitigen Ablehnung abzubauen, eine Mauer aus mißverständlicher Kritik, aus Unkenntnis über die soziale Lage sowohl des Industriearbeiters als auch des kleinen Bauern und aus dem so alten Mißtrauen zwischen Stadt und Land.

Die Aufrüstung und ihre Folgeerscheinungen werden auch das sozialpolitische Gefüge der Bundesregierung weitgehend beeinflussen.

Eine wirkliche Sozialreform ist von dieser Bundesregierung und von diesem Bundestag nicht mehr zu erwarten; obwohl Adenauer sie bereits in seiner Regierungserklärung von 1953 versprochen hatte, ist er auf Grund der Unentschlossenheit und der Uneinigkeit innerhalb seiner eigenen Fraktionen kaum weitergekommen. Die Geister, die man 1953 gerufen hatte, um die Rentner für Adenauer an die Wahlurne zu locken, möchte man jetzt allzugerne wieder loswerden.

So werden für die Aufrüstung rund 12 Mrd. DM jährlich, für eine wirklich durchgreifende Sozialreform aber nicht einmal ein Bruchteil dieser Summe

zur Verfügung stehen. Zufriedene Soldaten sind dieser Bundesregierung offensichtlich lieber als zufriedene Rentner; unzufriedene Rentner haben ja auch keine Schießgewehre.

Jetzt, da die Zeit drängt, der Wahltermin des Jahres 1957 näherrückt und die sozialdemokratische Bundestagsfraktion auf Grund unseres Kölner Kongresses vom Januar dieses Jahres ein bis ins einzelne gehendes Gesetz über die Altersversicherung der Arbeitnehmer jeglicher Art der Öffentlichkeit vorgelegt und im Bundestag eingebracht hat, sieht sich die Bundesregierung gezwungen, endlich etwas zur Beschwichtigung der an der Lösung dieser Probleme unmittelbar beteiligten Bevölkerungskreise zu tun.

Daher ist der neue Regierungsentwurf über die Renten ein Produkt aus Angst und überstürzter Hast. Aus Angst vor den Wahlen 1957, und aus überstürzter Hast wegen des zunehmenden Druckes der Öffentlichkeit. Der Vorschlag der Regierung, die Renten künftig nur alle fünf Jahre dahin zu überprüfen, ob sie dem inzwischen gestiegenen Lohn- und Preisniveau angepaßt werden müssen, bedeutet, daß die Renten auch weiterhin den davoneilenden Preisen nachhinken würden, falls es dabei bliebe. Man würde damit zugleich die Millionen Rentner gegenüber den stetig steigenden Preisen und der trotz allem Leugnem langsam fortschreitenden Entwertung der D-Mark machtlos machen. Offensichtlich hofft die Bundesregierung, sich damit das dauernde Drängen der Opposition auf Anpassung der Renten an das jeweils gestiegene Preisniveau besser vom Leibe halten zu können.

Bei diesen Bemühungen bekam die Bundesregierung eine unerwartete Unterstützung durch die Bank deutscher Länder. Nachdem das „deutsche Wirtschaftswunder“ sowieso schon an den Rentnern vorbeigegangen ist, warnt ausgerechnet die Bank deutscher Länder den Bundestag vor einer umfangreichen Sozialreform. Wie kann sie übersehen, daß die Sozialversicherung der Rentner einer der wichtigsten innenpolitischen Stabilisierungsfaktoren und zugleich eine Garantie für ein stetiges Wachstum des Sozialproduktes sein würde? Nicht ungerügt sollte das Bankkapital erneut versuchen dürfen, sich nun auch in dieser Bundesregierung ebenso wieder zu einem entscheidenden, keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegenden Machtfaktor zu entwickeln, wie wir das früher schon erleben mußten. Wahrscheinlich stecken hinter der Bank deutscher Länder auch jene Kräfte, die bei den ersten Anzeichen für eine neue Sozialreform zu den merkwürdigsten Ausreden Zuflucht nehmen. Plötzlich glaubt man zu entdecken, daß der erforderliche Mehraufwand für die Renten den Markt und die Preise völlig durcheinanderbringen würde. Mit Mißvergnügen stellen wir fest, daß diese Einwendungen nur immer dann kommen, wenn es um die Verbesserung der Lebenshaltung der breiten Masse geht, daß man davon nichts hörte, als die Bundesregierung das Vielfache dieses Betrages in die Aufrüstung hineinzupumpen beschloß.

Die Vorschläge der SPD-Fraktion zur Sozialreform beruhen auf klaren Vorstellungen über die Rolle und die Funktion des arbeitenden Menschen in der heutigen Wirtschafts- und Staatsordnung. Der Sozialpolitische Ausschuß beim Parteivorstand hatte der Fraktion bereits im Sommer 1955 bestimmte Grundthesen für die politisch-parlamentarische Arbeit unterbreitet, die maßgebend waren für die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe über den Arbeitsschutz für Jugendliche und die Fortzahlung des Lohnes bei erkrankten Arbeitern für die Dauer von sechs Wochen. Ferner sei der für die alten Leute so wichtige Antrag erwähnt, die Rente künftig ins Haus zu bringen, damit die unwürdigen

Schlangen für den Wartenden vor den Postschaltern am Monatsletzten endlich beseitigt werden. (Lebhafter Beifall.)

Diese Forderungen beruhen auf der Erkenntnis, daß in dem Maße, in dem der moderne Staat seine Bürger erfaßt, kontrolliert, aber auch betreut und sie weitgehend zu Teilstücken einer großen Maschinerie des Staates macht, der Staatsbürger seinerseits Gefahr läuft, seine persönliche Freiheit zu gefährden, und daß er in der Tat nur allzuleicht um der Befriedigung seines immer vordringlicher werdenden Sicherheitsbedürfnisses bereit ist, seine persönliche Freiheit weitgehend zu opfern. Viele haben diese Entwicklung bereits seit langem gesehen. Da sie aber unbequem war, wurde sie vertuscht.

Stehen wir somit vor der unabänderlichen Tatsache, daß Staat und Staatsbürger immer abhängiger voneinander werden, dann müssen wir von Anfang an dafür sorgen, daß die Abhängigkeit nicht zu einer ständigen Quelle des Unbehagens, des Mißvergnügens oder gar der autoritären Staatsführung wird. Bei dem Kampf um eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes und um eine bessere Sozialfürsorge spielen zweifellos die Höhe der Renten und die Höhe der sonstigen sozialen Leistungen eine entscheidende Rolle. Aber bei den Auseinandersetzungen über die Pfennigbeträge wird leider nur zu häufig die tiefe Kluft übersehen, die uns immer noch von den Vorstellungen der anderen trennt. *Unsere* Sozialpolitik unterscheidet sich nicht nur graduell von der der Bundesregierung und ihren Fraktionen, sie beruht auf der Idee eines Rechtsanspruches und auf den unerläßlichen Schlußfolgerungen, die wir aus der Gesellschaftsordnung unserer Zeit zu ziehen haben. Das alles aber steht im klaren Gegensatz zu den Grundsätzen der bürgerlichen Parteien, die noch immer von den Prinzipien der Subsidiarität, des Almosens, ausgehen, das erst dann gegeben werden soll, wenn Sippe und Familie versagen.

Wie wenig Verständnis die Bundesregierung für die Rentner aller Kategorien hat, beweist allein schon die Tatsache, daß der Bundesinnenminister der erstaunten Öffentlichkeit vor einiger Zeit mitteilte, man brauche zum Leben in der Bundesrepublik monatlich nicht mehr als 57,32 DM, wenn man die Miete unberücksichtigt lasse. Und, damit die Bezieher dieser Rente nicht Gefahr liefen, verschwenderisch zu werden, rechnete er ihnen gleich vor, wie sie diese enorme Summe für Ernährung, Feuerung, Kleidung, Wäsche usw. im einzelnen aufteilen müßten.

Ist es bei dieser Grundeinstellung der Bundesregierung verwunderlich, daß sie auch gegenüber den Kriegsopfern und ihren Hinterbliebenen jeden vernünftigen Maßstab verloren hatte?

Bereits im Herbst 1955 hatte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Kriegsofferrenten über rd. 900 Mio DM eingereicht. Bundesregierung und Regierungsparteien waren zur Bewilligung von nur 140 Mio DM bereit. Während der monatelangen Verhandlungen des Ausschusses für Kriegsoffer- und Heimkehrerfragen hat die SPD-Fraktion durch ein wahres Trommelfeuer von nicht weniger als 27 Publikationen und durch mehrere Pressekonferenzen auf die Regierung und die Öffentlichkeit eingewirkt. Nur durch diesen stetigen Druck und dadurch, daß wir die breite Öffentlichkeit so mobilisiert haben, gelang es schließlich, im Frühjahr dieses Jahres fast alle unsere Forderungen zugunsten der Kriegsoffer durchzusetzen. Wer Zeit und Muße hätte, den Irrweg dieser fünf Novellen zum KOV-Gesetz zu schreiben, würde damit zugleich einen Teil der Tragödie der deutschen

Sozialpolitik nach 1945 überhaupt schreiben, und zu ihr würde dann auch zugleich die Geschichte des schlechtesten Kindergeldgesetzes Europas gehören. Der soziale Wohnungsbau war seit jeher ein wesentlicher Bestandteil sozialdemokratischer Sozialpolitik. Mit Zähigkeit haben wir auch in den letzten zwei Jahren des Bundestages das 1950 einstimmig verabschiedete Wohnungsbaugesetz zu verteidigen versucht. Es ist uns nicht gelungen. Noch fehlen nach den eigenen Angaben der Bundesregierung rund drei Millionen Wohnungen, und trotzdem versucht man schon jetzt, den Wohnungsbau und die Mieten den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft zu unterwerfen.

Vergeblich haben wir bei der Verabschiedung der von uns im Bundestag abgelehnten beiden Novellen zum Wohnungsbaugesetz von 1953 und 1956 vor einer weiteren Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaues gewarnt, vergeblich auf die durch die letzten Novellen verursachten zu erwartenden Mietpreissteigerungen bis zu 2,— DM pro qm hingewiesen. Auch unser Antrag, die Zuschüsse für die Kleine-Leute-Wohnungen von rund 700 Mio DM auf eine Mrd. DM zu erhöhen, fanden trotz des Wehretats von 12 Mrd. DM keine Zustimmung.

Aufgabe einer künftigen sozialdemokratischen Regierungspolitik wird es sein, insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, den sozialen Wohnungsbau für Millionen von Familien voranzutreiben, ohne daß darunter der gesunde Eigenheimgedanke zu leiden braucht.

Für die Fraktion der SPD verstand es sich von selbst, daß sie mit ihren Forderungen nach einer besseren sozialen Gestaltung der freien Welt nicht an den Grenzen der Bundesregierung haltmachte.

So haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion von Anfang an darauf gedrängt, daß den wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Maßnahmen der Montanunion auch ein entsprechendes Vorgehen auf dem sozialpolitischen Sektor folgen müsse.

In dem Jahresbericht 1955/56 wurde von unseren sozialdemokratischen Mitgliedern mit Recht kritisiert, daß — gemessen an der Wichtigkeit der Aufgaben der Montanunion — die sozialpolitischen Maßnahmen völlig unzulänglich geblieben seien.

Nur der Initiative unserer Bundestagsfraktion ist es auch zu verdanken, daß Deutschland einer Reihe von Empfehlungen der *Internationalen Arbeitsorganisation* beigetreten ist.

Hierzu gehören die Abkommen über das Verbot von Zwangs- und Pflichtarbeit, über die Vereinigungsfreiheit, über das Recht zu kollektiven Verhandlungen und über die Gleichheit des Entgeltes männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit.

Wir haben jedoch nicht nur *unsere* Sorgen gesehen und die Zusammenarbeit der europäischen Länder gefördert. Der Westen war bisher in seinem Aufrüstungs- und Militärdenken so festgefahren, daß er gegenüber den unterentwickelten — oder richtiger gesagt, gegenüber den technisch und wirtschaftlich noch entwicklungsfähigen — Ländern völlig versagt, obwohl Deutschland nach dem 2. Weltkrieg selbst nicht weniger als 13 Mrd. DM an Hilfsgeldern erhalten hat.

Die *Sozialdemokraten* waren es, die im Bundestag erstmalig und mutig die Verpflichtung zur Sprache brachten, die der Westen, und damit auch die Bun-

desrepublik, gegenüber jenen Gebieten haben. Sie waren es, die erstmalig zur Hilfe für die Menschen jener Länder aufgerufen haben, die im Elend leben und von Hunger und Seuchen geplagt werden.

Sie waren es, die nach vielem Widerstand im Bundestag durchsetzten, daß der Haushalt für 1956 einen Betrag von 50 Mio DM für die unterentwickelten Länder vorsieht.

Diese Aufgaben dürfen wir uns nicht aus der Hand nehmen lassen. Wir müssen diesen Ländern bei der Intensivierung ihrer Bodenwirtschaft und ihrer Technik mit Rat und Tat zur Seite stehen. Diese Hilfe kann in erster Linie darin bestehen, daß wir die unterentwickelten Länder in den Stand setzen, sich selbst zu helfen. Mit der Schaffung künstlichen Booms, mit der überstürzten Ausfuhr von Artikeln, die wir bei uns nicht mehr gebrauchen können, ist jenen Ländern jedoch nicht geholfen. Was gegeben wird, muß frei sein von politischen Auflagen. Gegenüber den veralteten Kolonialgedanken muß ein klarer Trennungsstrich gezogen werden.

Hüten wir uns, jene Völker durch eine falsche Politik zu einer farbigen Front gegen den Westen zusammenzuschweißen.

Für uns Sozialdemokraten gibt eine solche Aktion zugleich auch eine neue Chance internationaler Zusammenarbeit mit den Sozialisten aller Länder. Längst hat dieses Europa seinen Führungsanspruch in der Welt verloren. Aber für den Sozialismus bleibt die Verpflichtung, nicht nur den Menschen unserer Nation, sondern allen eine geistige Heimat zu bieten, gleichgültig welcher Rasse sie angehören oder welcher Hautfarbe sie sind.

Auch in der Innenpolitik ist der Führungsanspruch der CDU/CSU ins Wanken geraten. Hier sogar noch sichtbarer als in der Außenpolitik. Das hat seinen Grund darin, daß Adenauers Selbstüberschätzung in der Innenpolitik nie so groß gewesen war wie auf dem Gebiet der Außenpolitik, und zweitens darin, daß die Fehler der Außenpolitik und die Auswirkungen dieser Fehler nicht so leicht und nicht so schnell wieder sichtbar sind wie bei den Fehlern der Innenpolitik.

Adenauers Abstieg begann mit seiner Niederlage beim Freiwilligen- und beim Personalgutachteraussetzungsgesetz. Er setzte sich fort bei dem Begräbnis des Grabensystems und dem Sturz der Arnold-Regierung in Düsseldorf. Es folgt das Versagen seiner Regierung bei der von ihm mit soviel Feuerwerk angekündigten Sozialreform, und es bleibt der Zweifel, ob er bei dieser Frage — ebenso übrigens wie hinsichtlich der Wiedervereinigung — überhaupt jemals den ernstlichen Willen gehabt hat, etwas Entscheidendes zu tun.

Welchen Schock die Düsseldorfer Ereignisse auslösten, bewies der Fraktionsbericht des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Krone auf dem Stuttgarter Parteitag. Er besaß die Geschmacklosigkeit, die Düsseldorfer Koalition mit der Harzburger Front Hugenbergs zu vergleichen und übersah, daß nicht Steinhoff, sondern er dem Ermächtigungsgesetz des Reichstages vom 21. März 1933 zugestimmt hatte, während Steinhoff seinen Widerstand gegen Hitler mit vielen Jahren seiner Freiheit bezahlen mußte. Krone ließ auch die Frage unbeantwortet, warum ein FDP-Minister in der Regierung Arnold ein zuverlässiger Vorkämpfer des christlichen Abendlandes sein konnte, der gleiche FDP-Minister in dem Kabinett Steinhoff aber zu einem Hugenbergianer à la Harzburg wird.

Die innenpolitische Szenerie wurde blitzartig durch die Weigerung der Bundesregierung beleuchtet, als im Bundestag eine Aussprache über das Verbleiben der Bundesminister Oberländer und Kraft, die beide ihrer Partei die Treue gebrochen hatten und trotzdem im Kabinett — oder vielmehr gerade deswegen? — bleiben konnten, mit geschäftsordnungsmäßigen Kniffen niedergeknüppelt wurde.

Durch diesen Streich bleibt es also bis auf weiteres dabei, daß wir nach wie vor sechs ehemalige Minister aus der FDP und dem BHE ohne jede parlamentarische Vertrauensbasis haben.

Damit werden die einfachsten Grundregeln jeder demokratischen Verfassung auf das Größte verletzt. Diese Vorgänge beweisen, wie wenig selbst in Kreisen der Bundesregierung seit 1949 ein demokratisches Grundgefühl gewachsen ist.

Die innerdeutsche Entwicklung hat in den letzten Jahren überhaupt jene Grenzen gesprengt, die wir uns 1949 durch das Grundgesetz gesetzt hatten. Auch überzeugte Föderalisten, wie z. B. der Bundesfinanzminister Schäffer, sind den Weg zum Unitaren, und was noch bedenklicher ist, den Weg zum Aufbau zentralistischer Machtpositionen gegangen. Die Finanzpolitik des Bundes unterhöhle weitgehend die Selbständigkeit der Länder und der Gemeinden. Obwohl dem Bund keine eigene Exekutive zugestanden werden sollte, verschaffte er sich nicht nur eine Bundesgrenzschutzbehörde, sondern auch kasernierte Bereitschaften; das Bundesverfassungsschutzamt gewann zunehmend Einfluß auf die Landesverfassungsschutzämter; neue Bundesbehörden zum Lastenausgleich und bei der Wehrverwaltung wurden oder werden errichtet.

Die Zeit ist kurzlebig. Viele haben bereits wieder die Hintergründe, auf denen wir noch 1949 das GG aufzubauen gezwungen waren, vergessen. Es gehört inzwischen zum guten Ton, an dem GG keinen guten Faden zu lassen. Geflissentlich übersieht man, wie vielen Auflagen und welchen Befehlen der Besatzungsmächte wir unterlagen. Wer mit Hochmut auf den Parlamentarischen Rat zurückblickt, sollte zunächst vor den eigenen Türen kehren und sich fragen, ob die Gesetze des Wirtschaftsrates von Frankfurt a. M. und die Gesetze, die die Mehrheit des Bundestages später in ruhigeren Zeiten verabschiedete und die dem Eingreifen der Besatzungsmächte nicht mehr unterlagen, besser sind.

Ich sage das, weil die *Form* dieser Kritik eine große Gefahr in sich birgt. Neonazistische und restaurative Kräfte scheuen sich schon längst nicht mehr, heute diejenigen, die nach 1945 an die praktische Arbeit gingen, zu fragen: „Habt auch Ihr mit den Besatzungsmächten zusammengearbeitet?“ Wir wissen genau, was sie damit bezwecken: Disqualifizierung und Diffamierung, weil sie hoffen, daß die Menschen nur allzugerne bereit sind, das Damals zu vergessen — heute, da es ihnen wieder besser geht.

Einer der wichtigsten innenpolitischen Vorgänge der letzten Zeit war die Verabschiedung eines neuen Wiedergutmachungsgesetzes im Frühsommer dieses Jahres mit einem weiteren Aufwand von drei Milliarden DM für die Opfer des Faschismus.

Wenn dieses Kapitel nunmehr auch einigermaßen abgeschlossen ist, so bleibt es doch ein schlechtes Zeichen unserer innenpolitischen Entwicklung nach 1945,

daß fast ein Dutzend Jahre vergehen mußte, ehe die Bundesregierung zu einer vernünftigen Regelung der Wiedergutmachung bereit war. Die Peiniger jener Opfer hatten längst ihre Vermögen und ihre von Hitler garantierten Einkommen zurückerhalten, ehe man sich darüber Gedanken machte, was aus ihren Opfern geworden war und werden sollte.

Aufgabe der Länder, ihrer Verwaltungen und der von den Ländern einzu-richtenden Kammern bei den Gerichten wird es sein, für eine schnellere und loyalere Durchführung zu sorgen, als wir es bisher erleben mußten. Denn das beste Gesetz ist sinnlos, wenn die Menschen, die es anzuwenden haben, an ihre Arbeit nur mit halbem Herzen und innerem Widerstreben herangehen, wenn sie nicht spüren, wie wir alle miteinander verpflichtet sind, das, was zwischen 1933 und 1945 geschah, gemeinsam gutzumachen, um der Wiedererlangung unseres nationalen Ansehens draußen in der Welt, noch mehr aber, damit wir Überlebenden vor der Generation nach uns nicht mit Schande bedeckt bleiben.

Aus der gleichen Gesinnung heraus haben wir versucht, den ehemaligen politischen Häftlingen aus der SBZ für die erlittenen Gesundheitsschäden und für die Freiheitsentziehung in Anlehnung an die Heimkehrerentschädigung zu helfen. Es gelang zwar, eine gesetzliche Regelung für Gesundheitsschäden, die durch den Vollzug der Straftat entstanden waren, durchzusetzen, aber ein Rechtsanspruch auf Haftentschädigung wurde verweigert und durch von Fall zu Fall zu bewilligende Beihilfen ersetzt.

Bei diesen Auseinandersetzungen fiel die rüde Äußerung Oberländers, die Zubilligung einer Haftentschädigung würde die Machthaber der SBZ geradezu anreizen, Tausende von Deutschen in der SBZ einzusperrern, sie dann freizulassen und dann in die Bundesrepublik abzuschleppen, um damit die Finanzen der westdeutschen Bundesrepublik durcheinanderzubringen. Das sagte der gleiche Oberländer, der allen Eifer daransetzte, Männern von der Art Claubergs, des „eisernen Gustav“ und des „Pistolen-Schubert“ die Spätheimkehrerhilfe von 6000 DM zu zahlen.

Nirgends waren die Vorwehen des Wahlkampfes 1957 so deutlich zu spüren wie bei den Auseinandersetzungen über das Gesetz zu den Wahlen für 1957. Alle Beteuerungen im 1. Bundestag, mit der Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes nicht wieder bis zum letzten Tage der Wahlperiode zu warten, sondern die Entwürfe alsbald zu Beginn der neuen Wahlperiode des 2. Bundestages einzubringen, waren vergessen. Auch die Bundesregierung konnte sich nicht zu einer Vorlage aufraffen, da sie auch in der Wahlrechtsfrage auseinanderfiel.

Die sozialdemokratische Fraktion war daher die erste, die im Frühjahr 1955 den Entwurf zu einem neuen Wahlgesetz einreichte. Ihr Vorschlag ging von den Grundlagen des Wahlgesetzes von 1949 aus. Sie lehnte die Zweitstimme des Wahlgesetzes von 1953 ab und sah eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten von 502 auf 420 einschließlich der Abgeordneten des Landes Berlin vor. Gleichzeitig forderte sie die Gleichstellung Berlins mit den übrigen Ländern und damit die unmittelbare Wahl von zwölf Abgeordneten in ebensoviele Wahlkreisen, und von weiteren acht Abgeordneten über eine Landesliste Berlin. Dieser Wunsch, Berlin noch enger an die Bundesrepublik zu binden, scheiterte an dem Widerstand Adenauers. Angebliche alliierte



Wünsche, man müsse auf die russische Empfindlichkeit Rücksicht nehmen, wurden zum billigen Vorwand.

Hier offenbarte sich die ganze Unehrlichkeit der Regierung und der hinter ihr stehenden Fraktionen gegenüber Berlin. Aus Angst vor unmittelbaren Wahlen in Berlin steckte man sich hinter jenen Viermächtestatus, der schon so häufig als Vorwand gedient hatte, die demokratischen Rechte der Berliner zu verstümmeln. Daß die CDU ein schlechtes Gewissen behielt, beweist die Tatsache, daß sie auf ihrem Stuttgarter Parteitag auf die Frage nicht mehr zurückgekommen ist.

So werden die Berliner Bürger nach dem Willen dieser Bundesregierung auch weiterhin den Gesetzen eines Bundestages unterworfen sein, zu deren Beratung und Verabschiedung sie selbst keinen Abgeordneten wählen dürfen. Mitten in die Verhandlungen des Wahlrechtsausschusses platzten die Vorschläge der CDU/CSU über das sogenannte „Grabensystem“. Die FDP meuterte. Sie berief sich auf Zusagen des Kanzlers anlässlich der Koalitionsverhandlungen 1953, bei dem künftigen Wahlgesetz die Wünsche der FDP zu berücksichtigen. Von der Presse auf diese Zusage und darauf hingewiesen, daß die FDP dem Kanzler bei den Grundgesetzänderungen anlässlich der Pariser Verträge im Februar 1955 und vorher bei der Annahme des EVG-Vertrages geholfen habe, ohne ihre Zustimmung hierzu von einer vorherigen Verständigung über das Wahlrecht abhängig zu machen, ließ Adenauer dahin beantworten, daß es ja nicht *seine* Aufgabe sei, die FDP auf Chancen hinzuweisen, und an der FDP hätte es gelegen, besser aufzupassen. Damit wurde der Kampf Adenauer—Dehler zu einem Kampf Adenauer—FDP. Die politische Hochmütigkeit und Arroganz der Regierungsparteien kitteten die FDP wieder zusammen.

Den Regierungsparteien ging es bei den Auseinandersetzungen über das Wahlrecht gar nicht um die Frage, ob das relative Mehrheitswahlrecht oder das Verhältniswahlrecht das bessere und für die deutschen Verhältnisse passendere sei. Für die Regierungsparteien ging es allein und entscheidend darum, ihre jetzige Position im Bundestag für alle Zukunft durch eine Täuschung des Wählers zu verewigen.

Es ging den Regierungsparteien auch nicht um die Schaffung eines Zweiparteiensystems, sondern nur um die Einführung eines Zweiblocksystems, hie bürgerlich — hie sozialdemokratisch, d. h. um die Errichtung einer weiteren tieferen Kluft im deutschen Volke. Demgegenüber bewies die Öffentlichkeit ein viel gesünderes Gefühl für politischen Anstand und dafür, daß selbst in der Politik nicht alle Kniffe erlaubt sind. Diese Ablehnung war so stark, daß später kein Abgeordneter der Regierungsparteien mehr die Vaterschaft für das sogenannte Grabensystem anerkennen wollte. Selbst der Bundeskanzler verleugnete in aller Öffentlichkeit Erfindung und Erfinder. Aber er verlor durch seine Versuche, bei dem Wahlrecht zu manipulieren, einen seiner willigsten Gefolgsleute — Arnold — und eine seiner stärksten Positionen in der Bundesrepublik — die Regierung von Nordrhein-Westfalen.

Die Möglichkeit von Wahlvereinbarungen in den einzelnen Wahlkreisen ist gegen den Widerstand unserer Fraktion bestehengeblieben. Obwohl Wahlvereinbarungen den Mehrheitswahlrechtlern der CDU/CSU-Fraktion ein rechter Greuel sein müßten, beharrten die Regierungsparteien darauf, denn nur

so können sie allen jenen Splitterparteien helfen, die schon jetzt ihre Gefolgschaftstreue auch für die Zeit nach 1957 zugesagt haben. DP und FVP (Blücher-Gruppe) haben ihre Wahlkreiszusagen bereits in der Tasche, während sich die CSU die Bayernpartei mit der 5%-Klausel vom Halse halten kann. So wird der Wahlkampf des Jahres 1957 im Zeichen des Buhlens und der Wahlhilfe für die kleineren Parteien durch die CDU/CSU stehen.

Wie häufig im politischen Leben, so wird auch beim Wahlrecht die richtige Entscheidung in der Mitte zwischen den beiden Extremen: Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht liegen. Unser Mischsystem hat sich eingespielt. Es ist für den Wähler einigermaßen übersichtlich. Es hat sich bei den beiden Wahlen 1949 und 1953 bewährt, und wir vermögen nicht einzusehen, warum man ihm keine weitere Chance geben will, zumal, da der Bundestag bereits früher fast einstimmig das Verhältniswahlrecht für die künftigen gesamtdeutschen Wahlen zu einem europäischen Parlament akzeptiert hatte.

Die Hoffnungen, das Wahlsystem in das Grundgesetz einzubauen, um es endlich aus dem ewigen Streit der Meinungen und aus der Gefahr herauszubringen, daß jeder Bundestag erneut in die Versuchung gerät, ein eigenes Wahlgesetz für die ihm folgende Wahlperiode zu machen, sind leider nicht in Erfüllung gegangen.

In den meisten Ländern der Deutschen Bundesrepublik sind im Herbst Gemeindewahlen. Sie werden nicht unbedingt als Maßstab für die Bundestagswahl 1957 zu gelten haben, aber sie werden weitgehend und je nach ihrem Ausgang Hoffnungen erwecken und zu politischen Spekulationen Anlaß geben. Zu den besten Traditionen sozialdemokratischer Politik gehört seit Jahrzehnten ihre Arbeit in den Gemeinden. Daher ist es Pflicht dieses Parteitages, des großen Schöpfers der deutschen Selbstverwaltungsidee, des Freiherrn vom Stein, zu gedenken, dessen 125. Todestag wir in diesem Jahr feiern. Er war es, der erstmalig die Bedeutung des gemeindlichen Lebens und der Mitarbeit der Gemeindebürger über die Gemeinden hinaus am Staatsganzen erkannte.

Wie dem auch sein möge, unsere Aufgabe wird es sein, den Gemeindebürgern die immer sichtbarer werdenden Auswirkungen der Bundespolitik auf das gemeindliche Leben, vor allem auf die Gemeindefinanzen, klarzumachen.

Das hat nichts zu tun mit der von so vielen befürchteten Politisierung unseres gemeindlichen Lebens; aber wenn die vom Verfassungsgesetzgeber in Art. 28 GG feierlich garantierte Selbstverwaltung durch die jetzige Bundespolitik immer weiter eingeengt und u. a. durch die Bundesfinanzpolitik in Gefahr gebracht wird, dann haben gerade wir Sozialdemokraten die Pflicht, warnend unsere Stimme zu erheben.

An wen wendet sich schließlich der Staatsbürger, wenn er eine Wohnung haben will, an wen wendet er sich, wenn er den Bau weiterer Schulen fordert, damit die Überfüllung der Klassen und der Vor- und Nachmittagsunterricht nicht weiterhin die Gesundheit der Kinder gefährden, von wem erhofft er für sich und seine Familie die erste Hilfe, wenn er in Not gerät, und von wem erwartet er den Bau von Sport- und Spielplätzen — von den Hoffnungen auf ein regeres geistiges oder kulturelles Leben in den Gemeinden ganz zu schweigen — als von *seiner* Gemeinde. Daran, wie diese Gemeinde auf seine Wünsche reagiert, daran, wie sie ihm hilft oder aber versagt, wird er nicht nur seine Gemeinde, sondern auch den über ihr stehenden Staat bewerten.

Bei diesen Gemeindewahlen wird die Selbstverwaltung erneut ihre Bewährungsprobe zu bestehen haben. In Bonn liebt man die Selbstverwaltung nicht, denn sie entzieht sich der Befehlsgewalt der Bundesregierung, und zwar auch da, wo man gezwungen ist, den Gemeinden die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen; denn man gibt in Bonn nicht gerne Geld, ohne dafür ein Stück Macht einzuhandeln.

Daher haben wir Sozialdemokraten ein legitimes Interesse und ein legitimes Recht, den Gemeinden durch eine gute Bundespolitik zu helfen, wo immer es geht, und den Bürgern im kommenden Gemeindewahlkampf das Versagen der Bundesregierung und deren kommunalfeindliche Einstellung vor Augen zu führen.

Denn was sind die Versuche des Bundesfinanzministers, Milliarden D-Mark zu horten und gleichzeitig den Anteil der Länder und ihrer Gemeinden am Steueraufkommen zu verkürzen, anderes als kommunalfeindlich? Wo bleibt — von dem Bundesinnenminister bereits bei dem ersten Luftschutzgesetz schmächtig im Stich gelassen — der Schutz der Selbstverwaltung, wenn das künftige Luftschutzprogramm von mindestens 15 Mrd. DM zur Hälfte von den Gemeinden finanziert werden muß? Was wir für die Kasernen ausgeben, wird uns bei den Schulbauten fehlen, und was man für Waffen braucht, hat man nicht mehr für den sozialen Wohnungsbau.

Weil wir Sozialdemokraten uns an dieser Entwicklung nicht mitschuldig machen wollten, haben wir auch in den beiden letzten Jahren unserer Parlamentsarbeit immer wieder versucht, die Gemeinden aus diesem Sog zu ihrer Entmachtung und zu ihrer finanziellen Schwächung herauszuhalten.

Daher bedauern wir es, daß der Bundesrat sich noch immer nicht mit den auf die Initiative der SPD hin vom Bundestag beschlossenen Änderungen des Art. 106 GG befaßt, wonach die Gemeinden künftig endlich wieder einen unmittelbaren Rechtsanspruch auf die den Ländern zufließenden Einkommen- und Körperschaftssteuern erhalten sollen. Hier wäre es Aufgabe unserer Genossen in den einzelnen Landtagsfraktionen, ihre Länderregierungen auf eine baldige Verabschiedung dieser Grundgesetzänderung im Bundesrat zu drängen.

Es war recht kläglich, was Parteien und Bundesinnenminister bei der Aussprache über die Verwaltungsreform im Oktober 1955 im Bundestag zu sagen hatten. Über allgemeine Redewendungen ging man nicht hinaus. Man erschöpfte sich in den recht simplen Vorschlägen, bei den Behörden möglichst viel Kräfte einzusparen, einige Autos zu streichen und Zuschüsse aller Art zu kürzen. Davon mag einiges richtig sein, aber das alles geht an dem Kern des Problems vorbei.

Es ließe sich zu dem Problem manches sagen: davon, daß in vielen Fällen anstatt der Bürokratie der Gesetzgeber des Bundes und der Länder auf der Anklagebank sitzen müßte, weil er zu viel und sehr häufig auch unzulängliche und unübersichtliche Gesetze erläßt — vgl. Kindergeldgesetz —; davon, daß jedes neue Gesetz neue Verwaltungen oder die Verstärkung vorhandener Verwaltungen bedingt.

Entscheidend ist — und hierbei muß ich mich bei einem nur allgemeinen Überblick über die im Bundestag geleistete Arbeit beschränken

1. Bund, Länder und Gemeinden dürfen nicht getrennt vorgehen. Der große Wurf einer wirklichen *Verwaltungsreform* kann nur gelingen, wenn alle drei nach einheitlichen Grundsätzen vorgehen und sich zumindest untereinander über eine Abgrenzung der Zuständigkeiten einigen.

2. Mehr als bisher müssen wir die *Kontrolle über die Bürokratie* verstärken — auch auf die Gefahr hin, zusätzlich finanzielle Mittel aufbringen zu müssen — damit die Bürokratie uns nicht noch mehr über den Kopf wächst.

3. Die Streichung von Ausgaben und die Einsparung von Behörden darf niemals dazu führen, die *soziale Gesetzgebung* oder die *sozialen Einrichtungen* zu gefährden; wohl sie zu vereinfachen, aber nicht abzubauen. Und niemals darf eine Verwaltungsreform dazu benutzt werden, den Schutz des sozial Schwachen und Hilfsbedürftigen zu verringern, denn er ist es, der den Schutz und die Hilfe des Staates am allerersten braucht.

Vieles Unzulängliche in unserer Verwaltung hat seinen Ursprung in den unorganischen Ländergrenzen, die uns seinerzeit aufgezwungen wurden, und darin, daß die wenigsten Länder in sich sozial und wirtschaftlich ausgeglichen sind. Die Bemühungen der Sozialdemokratie, schon zur Zeit des Zonenbeirates in Hamburg, eine vernünftige Neuordnung der Ländergrenzen durchzusetzen, scheiterten damals an der Uneinsichtigkeit der Besatzungsmächte.

Über unsere Sorge zur kulturpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik habe ich bereits auf dem Parteitag 1954 in Berlin einiges sagen müssen. Der Kölner Kongreß Anfang des Jahres hat uns und einer breiten Öffentlichkeit noch einmal die Gefahren der Restauration mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt.

Für uns blieb die Schaffung und die Garantie gleicher Chancen für jeden Staatsbürger auch in den letzten Jahren das entscheidende Kriterium unserer Kulturpolitik und unserer Anträge im Parlament.

Nach dem Grundgesetz sind zwar die Länder für die Kulturpolitik verantwortlich. Man mag verschiedener Meinung darüber sein, ob sich diese föderalistische Aufteilung der Kulturpolitik segensreich ausgewirkt hat. Ich brauche nur an die vergeblichen Versuche zur Schaffung einheitlich aufgebauter Schulen und Unterrichtspläne zu erinnern. Nicht einmal über einen einheitlichen Schulbeginn konnte man sich bisher einigen.

Über 40 000 Schulräume müssen in der Bundesrepublik noch gebaut werden; aber die Finanzminister bleiben hart. Daher werden unsere Kinder noch lange in doppelschichtigen, d. h. in Vor- und Nachmittagsunterricht geistig und gesundheitlich überbeansprucht werden. Ich bin gewiß: Bei Kasernenbauten wird man längst nicht so knickrig sein.

Auch die Förderung von Forschung und Wissenschaft durch den Bund läßt nach wie vor zu wünschen übrig. Vor allem haben wir das bei den unzulänglichen Maßnahmen des Bundes für den Nachwuchs in den technischen und naturwissenschaftlichen Berufen festgestellt. 40 000 Ingenieure fehlen. Wie will Deutschland exportfähig bleiben und den neuen Anforderungen gerecht werden, die die Automatisierung und die Ausnutzung der Atomspaltung für friedliche Zwecke an die deutsche Wirtschaft stellen, wenn hier nicht alsbald und gründlich Abhilfe geschaffen wird. Bei den Haushaltsberatungen 1956 ist es uns wenigstens gelungen, die Mittel zur Forschung und Wissenschaft zu erhöhen. Es hätte auch nahegelegen, daß sich die Bundesregierung mehr um

die finanzielle Sicherung der Abiturienten und Studenten aus der SBZ gekümmert hätte. Aber auch hier ist nichts Entscheidendes getan worden, die Hauptlast hat man einmal wieder Berlin überlassen.

Alle auf diesem Gebiet von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion eingereichten großen Anfragen wurden nur unzulänglich und kümmerlich beantwortet. Aber man fand Zeit und Muße, sich um den politischen Stil des Sozialistischen Studentenbundes zu kümmern und ihm die Mittel zu sperren, und man fand Zeit und Muße, eine sinnlose Konkordatsklage gegen das niedersächsische Schulgesetz einzureichen.

Der Bund verschantzt sich nur allzu gerne hinter die Kulturhoheit der Länder. Aber zugleich sind diejenigen Kreise, die sich hinter diese Länderhoheit verstecken, die gleichen, die das im Jahre 1933 von Hitler mit Rom geschlossene Konkordat unter allen Umständen und unter Mißachtung der Schul- und Kulturhoheit der Länder aufrechterhalten wollen.

Es ist unerträglich, daß die Bundesregierung, die sich sonst so hartnäckig weigert, die Rechtsnachfolgeschaft nach dem früheren Deutschen Reich anzuerkennen — ich erinnere nur an die Wiedergutmachung —, jetzt mit allen Mitteln versucht, das von Hitler vor einem Vierteljahrhundert abgeschlossene Konkordat als gültig hinzustellen.

Es war das erste Konkordat, das jemals zwischen Deutschland und dem Vatikan abgeschlossen worden ist. Das kaiserliche Deutschland und die Weimarer Republik hatten die Anerkennung derartig weitgehender, in die deutsche Souveränität eingreifender Rechte auswärtiger Mächte verweigert. Von Hitler bekam Rom, was es wollte.

Die Bundesregierung ist sonst so stolz darauf, daß sie der deutschen Bundesrepublik die Souveränität gegenüber den westlichen Alliierten erkämpft habe. Aber warum klammert sich dann die gleiche Bundesregierung an einen von Hitler abgeschlossenen Vertrag, der Deutschland auf weiten Gebieten unserer Kultur- und Schulpolitik jeder Souveränität beraubt und das Schicksal dieser Fragen einzig und allein an die Entscheidung einer außerdeutschen Macht kettet?

Beide Vertragspartner sollten auch endlich einsehen, daß man den neuen demokratischen Staat nicht mehr an einen Vertrag fesseln darf, den einer der schrecklichsten Diktatoren der Neuzeit gegen den wahren Willen dieses Volkes abgeschlossen hat. (Beifall.)

Überall sind die *Sittenrichter* am Werke. Nicht genug, daß wir die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“ in Bonn haben. Die heimlichen Schnüffler sind überall am Werke. Bedarf es hierzu vieler Beweise, wenn z. B. das Kultusministerium eines Landes auf den Wink eines bischöflichen Ordinariats hin die Überarbeitung so klassischer Novellen wie „Pole Poppenpäler“ und „Gustav Adolfs Page“, Novellen von Theodor Storm und Conrad Ferdinand Meyer, anordnet, weil einige Stellen dieser Romane das katholische Empfinden verletzen würden?

Das ist alles um so unerträglicher, weil man sich gegenüber der neueren neonazistischen Pornographie so blind und taub stellt.

Seit Jahren stehen wir vor den Versuchen, die Grundrechte auszuhöhlen, ihre wirkliche Anwendung zu erschweren und ihren Sinn zu verfälschen. Das klerikale Schulgesetz von Rheinland-Pfalz, dessen offensichtliche Verstöße

gegen das GG von der Bundesregierung weder gerügt noch, im Unterschied zur Konkordatsklage, vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gebracht worden ist, und die Versuche, in Niedersachsen die dissidentischen Lehrer recht- und friedlos zu machen, sind nur ein Teilausschnitt aus den Versuchen einer weiteren Klerikalisierung unseres öffentlichen Lebens und den Versuchen zur weiteren Unterdrückung der geistigen Freiheit in der Bundesrepublik.

Zweifellos waren diese Versuche mit einer der Gründe für die Rebellion der Freien Demokraten in Düsseldorf, obwohl auch sie ein gerütteltes Maß an Schuld tragen, daß es soweit kommen konnte. Jahrelang standen die Sozialdemokraten im Kampf um die Erhaltung der Grundrechte allein, wann immer sie im Bundestag gegen die restaurativen Versuche der Bundesregierung ankämpften. War es doch Dehler selbst, der Adenauer vor noch nicht allzu langer Zeit als den großen und letzten Liberalen dieses Jahrhunderts gefeiert hatte. Aber daran will jetzt keiner mehr erinnert werden.

Die Hintergründe jener die kulturelle Freiheit zersetzenden Kräfte sind offensichtlich. Man braucht nur an die Haltung der Bundesregierung zu denken, die sie bei den Versuchen um die Erhaltung der in Deutschland seit 80 Jahren gültigen Zivilehe eingenommen hat.

Auf Veranlassung unserer Fraktion beschäftigte sich der Bundestag mit den zunehmenden Verstößen katholischer Geistlicher gegen das *Personenstandsgesetz*. Unsere Anfrage, was die Bundesregierung zu tun gedenke, um künftig kirchliche Trauungen vor den standesamtlichen zu verhindern, wurde von der Bundesregierung zurückhaltend und unbefriedigend beantwortet. Aus der Antwort des Innenministers offenbarte sich, daß die deutsche Regierung nicht gewillt ist, mit der genügenden Energie die Beachtung deutscher Gesetze durch manche katholische Geistliche zu fordern.

Gegen welche Welt wir anzukämpfen haben, wurde durch die Verteidigung jener katholischen Geistlichen offenbar, die wegen jener Verstöße gegen das Personenstandsgesetz angeklagt wurden. Es war ein Lehrer des öffentlichen Rechts an einer deutschen Universität, der die Aussprache des Bundestages über die Verletzungen des Personenstandsgesetzes als „fast einen Skandal“ bezeichnete und erklärte, die katholische Kirche habe niemals die obligatorische Zivilehe anerkannt und werde sie auch niemals anerkennen, und man könne deutschen Staatsbürgern, die die zivile Ehe als einen Hintergrund ansehen, nur empfehlen, nach Österreich auszuwandern.

Bei dieser Situation ist es kein Wunder, daß wir in zunehmendem Maße die Aushöhlung unserer Grund- und Freiheitsrechte zu beklagen haben. Über die gräßliche Verletzung des Kriegsdienstverweigerungsrechtes, das wir mit Art. 4 des GG gesichert zu haben hoffen, ist in diesen Tagen des Münchner Parteitages vieles und Gutes gesagt worden.

Diese Politik der Bundesregierung war im wesentlichen auch nur möglich und konnte nur deshalb von Erfolg gekrönt sein, weil ihr Machtapparat in immer stärkerem Maße die Freiheit der Presse einzuengen vermochte. Aber niemand kann sich über diese zum Teil erfolgreichen Methoden wundern, wenn er weiß, daß der letzte vorläufige Chef des Bundes-Presseinformationsamtes einer der glühendsten Bewunderer Adolf Hitlers gewesen ist, der schon in den Jahren 1933/34 dafür gesorgt hatte, daß die von ihm betreuten katholischen Studentenverbände ohne jeden Vorbehalt in die nationalsozialistische Politik

einschwenkten. „Jeder Student sollte das SA-Hemd tragen — einen Smoking brauche er nicht“ — das war die damalige Devise des letzten Pressechefs der Bundesregierung.

Mit Hilfe unzähliger Millionen D-Mark von Haushaltsmitteln und Unternehmensspenden oder durch die Androhung des Entzugs von Inseraten stehen wir vor den Gefahren einer Korruption eines Teils der Presse. Allein für die Propagierung des Wehrgedankens wurden in den Haushalt 1956 erstmalig 7,8 Millionen DM eingestellt.

Was wir auf dem Gebiete der rechtsradikalen Literatur erleben müssen, ist durchweg unerfreulich.

Um die Bemühungen des Bundespräsidenten, mit allen Machtmitteln unseres Staates den neonazistischen Symptomen zu Leibe zu gehen, ist es leider wieder still geworden. Werfen auch hier die kommenden Bundestagswahlen ihre Schatten voraus, daß man diese Schichten, die hinter diesen neonazistischen Erscheinungen stehen, doch ganz gern an der eigenen Wahlurne haben möchte?

Die heftige Kritik, die der Bundestag im vorigen Jahr gegen die zunehmenden Umzüge ehemaliger Nazis und des Stahlhelms geführt hat, ist nicht ohne Wirkung geblieben. So hat z. B. der Stahlhelm in diesem Jahr auf sein Bundestreffen verzichtet mit der ausdrücklichen Begründung, daß er sich nicht wieder einer öffentlichen Polemik und Kritik des Bundestages aussetzen möchte.

Ich erwähnte bereits, wie großzügig man mehr und mehr gegenüber der zielbewußten Verherrlichung der Nationalsozialisten ist. So veröffentlichte ein deutscher Verlag vor kurzem den Nachlaß Rosenbergs, worin der Nationalsozialismus als die „edelste Idee“ aller Zeiten gepriesen wurde, der Deutschland 1933 vor der Weimarer Republik, einem Staat des Verrats, der wirtschaftlichen Verwahrlosung und der kulturellen Ver lumpung, gerettet habe; das Führerprinzip wird dem Gift der Demokratie gegenübergestellt. Die politischen Parteien, die nur Spaltpilze der Volksgemeinschaft seien, so heißt es in anderen Neuerscheinungen, müßten wieder verschwinden, und es würde eine Zeit kommen, da sich die Enkel schämen würden, daß man die Nationalsozialisten als Verbrecher angeklagt habe, denn Hitler sei die personalisierte Treue gewesen, treu vor allem gegenüber Volk und Vaterland.

Von diesen Äußerungen ist es zu den wiederholt erhobenen Forderungen, mit den nach Deutschland zurückgekehrten Juden genauso zu verfahren wie unter Hitler — wo man die Juden ja nur in Lager und besondere Stadtviertel umquartiert hätte —, nur ein kleiner Schritt.

Natürlich bleiben dann auch die Widerstandskämpfer und die Männer und Frauen des 20. Juli nicht verschont. „Widerstandskämpfer sind Rechtsbrecher“, schrieb vor kurzem eine Zeitung in Bayern, und diese Rechtsbrecher hätten sich — so heißt es weiter — unter dem Schutz der Alliierten längst in die vorgeplanten Posten und Pfründe gesetzt und mit den Siegermächten gemeinsame Sache gegen das eigene Volk gemacht, denn sie seien ja schließlich nichts anderes als ‚kriminelle Elemente‘, die man als ‚Elite der Abgefeimten‘ bezeichnen müsse; daher wäre es an der Zeit, alle Denkmäler, die zur Glorifizierung des Widerstandes errichtet worden seien, wieder einzureißen und alle Vereinigungen der Widerstandskämpfer zu verbieten, da es sich offensichtlich um ‚Vereinigungen von Rechtsbrechern‘ handle. Selbstverständlich müß-

ten auch alle auf Grund der bisherigen Gesetze gezahlten Wiedergutmachungsbeträge zurückgezahlt werden.

In diese Gesellschaft passen Männer wie Schörner, Clauberg u. a., die wieder einmal von dem Langmut und der Großzügigkeit der neuen Demokratie leben dürfen.

Diese Tendenzen werden leider dadurch ermutigt, daß es in der Bundesregierung Männer gibt, die ihre Versammlungen lieber unter schwarzweißbroten Fahnen und bei zackiger Militärmusik veranstalten, als unter den Fahnen der Bundesrepublik. Dazu kommen die Stahlhelmkundgebungen unter dem wenig rühmlichen Kesselring und die Tagungen sogenannter vaterländischer Verbände, von denen wir erfreulicherweise in diesem Sommer bisher verschont geblieben sind, nachdem der Bundestag sich auf Grund einer Intervention der SDP mehrfach mit diesen unerfreulichen Dingen befaßt und jene Veranstalter, auch soweit sie im Bundestag zu den Regierungsparteien gehören, in aller Öffentlichkeit auf die Finger geklopft hatte.

Es wäre gut, wenn unsere Genossen in den Länderparlamenten ebenso wachsam wären und sich mit der gleichen Energie gegen die Kundgebungen ehemaliger Nazis in den einzelnen Ländern zur Wehr setzen würden.

Daß ich hier einige dieser Vorfälle zitiere, geschieht nicht, um sie in ihrer politischen Auswirkung überzubewerten. Auch wir haben kein Interesse an einer Dramatisierung. Es entspräche auch nicht der wirklichen Sachlage. Im Gegenteil, es ist erfreulich, festzustellen, mit welcher scharfer Ablehnung fast alle Bevölkerungskreise reagierten. Nicht nur in der Arbeiterschaft und in den hinter der Sozialdemokratie stehenden Kreisen, sondern darüber hinaus bis weit in die Schichten des Mittelstandes und des Bürgertums reichte die eindeutige Ablehnung.

Am wenigsten anfällig gegen jede Infiltration von rechts und links ist auch diesmal wieder die in den Gewerkschaften und der SPD organisierte Arbeiterschaft. Die vielen Tarnorganisationen von links und die rechtsradikalen Gruppen wenden sich an ganz andere Kreise, denn nach ihren guten Erfahrungen aus der Zeit vor 1933 wissen sie, daß sie im Bürgertum bessere Chancen haben als bei uns.

So vermissen wir auch in dem Bericht, den der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. Krone, auf dem Stuttgarter Parteitag über die Arbeit seiner Fraktion gegeben hat, jeden Hinweis auf diese neonazistische Wühlarbeit und Vorschläge, wie ihr wirksamer begegnet werden könnte.

Vor dieser Entwicklung haben wir seit Jahren vergeblich gewarnt und die Bundesregierung um ein Eingreifen ersucht. Ihr stand vor allem jener Artikel 18 unseres GG zur Verfügung, der demjenigen die Ausübung der Grundrechte, d. h. auch das Recht auf Pressefreiheit, versagt, der es lediglich dazu benutzen will, um eben diese Grundrechte auszuhöhlen, um unsere Freiheit und unsere demokratische Grundordnung zu vernichten — von der außenpolitischen Auswirkung solcher Schmutzereien ganz abgesehen. Wir bedauern es, daß sich die Bundesregierung noch immer nicht zur Anwendung dieser klaren Verfassungsbestimmung hat entschließen können.

Auch die Landesjustizverwaltungen hätten schneller zugreifen müssen. Die Vorschriften des Strafgesetzbuches würden durchaus ausreichen. Wir erwarten, daß sich die Staatsanwaltschaften stärker als bisher aus ihrem Gewissen her-



aus der neuen freiheitlichen Grundordnung verpflichtet fühlen und zupacken. So gibt unsere Rechtsordnung durchaus die Möglichkeiten, gegen jene Elemente vorzugehen, die nicht nur nichts gelernt haben, sondern heute wieder versuchen, das Rad der Geschichte auf den 30. Januar 1933 zurückzudrehen. Sie sind es, die es uns allen so schwer machen, einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Denn das würde voraussetzen, daß jene, die gefehlt haben, nicht mit den gleichen Schmutzkübeln beginnen wie damals. Wie feige sie übrigens sind, beweist am besten die Tatsache, daß sich die Schreiberlinge zumeist im Zwielficht der Anonymität bewegen.

Das alles wird gefördert durch die auch in den Kreisen der Bundesregierung vorhandene Neigung, die Geschichte erst seit 1945 beginnen und die Jahre vorher in Vergessenheit geraten zu lassen. Allzu gern möchte selbst die Bundesregierung die Zeit jener Jahre des Terrors als einen in der heutigen Zeit gar nicht mehr möglichen „Betriebsunfall“ ansehen, über die man eine Decke des Schweigens legen könnte. Man fühlt sich im Grunde noch beunruhigt über das, was war und über das, was man heute wieder zuläßt, aber man will diese Unruhe nicht wahrhaben und man will sie übersehen. Das sind auch die Hintergründe, die zu den Protesten der Bundesrepublik in Cannes gegen jenen „Nacht-und-Nebel“-Film führten, der ein Kapitel aus Deutschlands dunkelster Zeit zeigte. Es war das schlechte Gewissen, daß man geflissentlich alles übersehen will, was war, und man nimmt dafür gern in Kauf, daß die gleichen Elemente, die damals jenes Grauenhafte schufen, wieder an Glanz gewinnen und sich heute erfolgreich in die gleichen Funktionen, die sie dereinst unter Hitler hatten, wieder hineinmogeln dürfen.

Den Wahlgang 1957 wird die CSU allein mit ihren Satelliten von der DP und FVP durchzustehen haben, um die Politik Adenauers, die seine und nur die seine war, zu verteidigen. BHE und FDP werden dann entdecken, wie falsch die Politik Adenauers nicht erst seit diesem Jahre, sondern schon seit 1949 gewesen ist. Wir werden diese Neu-Oppositionellen nicht von uns stoßen, aber wir werden den Wählern mit aller Deutlichkeit klarzumachen haben, daß es auch FDP und BHE gewesen sind, die Beifall klatschten, wenn Adenauer die sozialdemokratische Opposition so behandelte, wie er jetzt mit ihnen verfuhr, und daß sie auch an dem Entstehen des Adenauerschen Mythos ein gerüttelt Maß an Schuld mit auf sich geladen haben.

Wir werden uns bei den Wahlen 1957 einem noch größeren und kostspieligeren Propagandaaufwand gegenübersehen als 1953. Man wird nicht nur alle Register, man wird vor allem Registriertassen ziehen, um das Land mit Pamphleten und Flugblättern zu überschwemmen, und wir werden wieder gleichen Verleumdungen und Lügen ausgesetzt sein wie 1953. Adenauer hat das mit dem ihm eigenen Zynismus bereits angekündigt, als er in der Plenarsitzung des Bundestages vom 7. April 1954 zu seiner Lüge über Schroth/Scharley erklärte:

„... Wenn Sie dieses Auftreten und Reden einige Millionen Stimmen gekostet hat, dann bin ich sehr froh darüber.“

Und das stenographische Protokoll verzeichnet:

(Beifall bei den Regierungsparteien — Entrüstete Zurufe von der SPD: Unerhört! — Unverschämt! — Lügen! — Du sollst nicht falsch Zeugnis reden! — Unruhe)

„... es ist sehr gut, wenn Sie meine Methode kennenlernen; lernen Sie doch etwas dazu!“

(Große Heiterkeit. — Anhaltende Zurufe. — Beifall bei der CDU/CSU).

Diese Worte Adenauers waren und sind das moralische Symbol der zu Ende gehenden Adenauer-Epoche, sie waren und sind zugleich ihr Kainszeichen geworden.

Es ist gut, daß wir das schon jetzt wissen. Wir werden den Wählern diese moralische Haltung des Regierungschefs immer wieder einhämmern, aber ihnen durch unsere eigene Haltung zugleich beweisen, daß wir diesen Appell an den inneren Schweinehund im Menschen nicht mitmachen.

Wir haben nicht vergessen, daß wir nach dem letzten Wahlkampf die Gerichte in nicht weniger als 40 Fällen gegen Verleumdungen in Anspruch nehmen mußten, während es in der gesamten Bundesrepublik nicht einen einzigen Fall gegeben hat, in dem gegen die SPD Strafanzeige eingereicht oder Klage gegen sie erhoben worden ist, obwohl der Kanzler, so robust und rücksichtslos er sein kann, wenn es sich um die Verunglimpfung seiner politischen Gegner handelt, so sehr empfindlich ist, wenn er auf seine eigene Unzulänglichkeit hingewiesen wird.

Das letzte Jahr der Bundestagsarbeit bis zu den Wahlen 1957 wird nicht leicht werden. Die Bemühungen, die Gesetzgebung nur auf das Mögliche, vor allem aber auf das Notwendige zu konzentrieren, wird dem Taktieren und dem Wünsche nach Wahlgeschenken und danach, sie zu verteilen, zum Opfer fallen. Adenauer stehen für diese Wahlgeschenke nicht nur die Millionen seiner Geheimfonds, sondern auch die Milliarden des Schäfferschen Juliusturmes zur Verfügung.

Die Ziele der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion für den weiteren Kampf in Bonn sind unverrückbar. Solange die Bundesregierung mit Hilfe jener ewig Gestrigen, die jeden Fortschritt hemmen, regiert und jene makabren Kräfte in ihren Kreisen duldet, die einst das Regime des Hakenkreuzes stützten, solange bleiben alle Fortschritte in der Wirtschaft, die höheren Löhne und Gehälter und die noch höheren Dividenden nur eitel Stückwerk.

Was wir über die Außenpolitik der Vergangenheit und der nächsten Zeit, was wir über die neu vor uns stehenden Probleme der Automatisierung und der friedlichen Ausnutzung der Kernenergiespaltung in diesen Tagen auf unserem Parteitag gehört haben, ist zugleich auch ein Teil des Arbeitsprogrammes unserer Fraktion. Denn diese Fraktion ist nicht nur ausführendes Organ, nur die geschäftige und geschickte Hand unserer Gesamtorganisation, auch sie steht nach wie vor mitten in den Spannungen der täglichen Auseinandersetzungen der einzelnen Schichten unseres Volkes. In diese Spannungen hineingestellt hat sie die Aufgabe, aus der Analyse der jeweiligen Situation, ihre eigene Position für die Strategie und die Taktik der Gesamtpartei immer wieder neu zu durchdenken und durch ihre parlamentarischen Aktionen zur Willensbildung der Gesamtpartei beizutragen. Hier teilt sie ihre Aufgabe mit den sozialdemokratischen Landtagsfraktionen, den sozialdemokratischen Gemeindevertretern und allen jenen, die in der täglichen Arbeit der Organisation, in den Versammlungen oder in der Exekutive tätig sind.

Was dieser Bericht zeigen sollte, war, daß sich auch die Bundestagsfraktion als eines der wichtigsten Instrumente sozialdemokratischer Politik bei jeder ihrer einzelnen Aktionen immer bewußt gewesen ist, daß uns auch in der Politik nichts geschenkt wird, daß wir unsere Position von Jahr zu Jahr — auf den parlamentarischen Kampf des Bundestages abgestellt, von Plenarsitzung zu Plenarsitzung — immer wieder neu erkämpfen mußten.

Dabei genügt es nicht, Anträge zu stellen oder Gesetzentwürfe im Parlament einzubringen, es war ebenso wichtig, diese Initiativen der Öffentlichkeit nahezubringen. Wir hätten manches nicht erreichen können, wenn wir durch unsere Pressestelle nicht das Ohr der Öffentlichkeit gefunden hätten. In den letzten 1½ Jahren hat die Fraktion durch ihre Pressestelle nicht weniger als rund 1000 Presseveröffentlichungen herausgegeben, die in rund 18 000 größeren Zeitungen abgedruckt wurden.

Hinzu kommen die Nachrichtensendungen der Rundfunkanstalten und die Abdrucke in den Lokalzeitungen, die nicht erfaßt wurden.

Wir werden so häufig gefragt, was wir zu tun gedenken, wenn uns die Wahlen des Jahres 1957 zur Macht verhelfen. Es sind, auf einen kurzen und klaren Nenner gebracht, die unerfüllten Forderungen der letzten Jahre unserer Bundestagsarbeit, die zugleich unser Regierungsprogramm sein werden.

Wir wollen unseren Anspruch, an die politische Macht kommen zu wollen, gar nicht verhehlen, denn das „Nicht-mitwirken-dürfen“ führt zu leicht zur Lethargie. Ohnmacht ist kein Magnet, und nur die Macht zieht an. Vielleicht sollten wir auch in der praktischen Politik draußen viel mehr, als das bisher geschehen ist, bei uns das Gefühl für die Notwendigkeit der Macht und der Anwendung von Macht entwickeln. Daß dies in der Weimarer Zeit zu wenig geschehen ist, war wohl mit einer der vielen Gründe ihres Unterganges.

Aber ebenso selbstverständlich ist es für uns — und hierin unterscheiden wir uns von vielen anderen Parteien —, daß wir die Macht nur wollen auf Grund gleicher und geheimer Wahlen, auf Grund einer freien Entscheidung des Volkes; denn wir wollen nur die Macht, die vom gesamten Volke selbst kommt, damit sie wiederum für das ganze Volk ausgeübt werden kann. (Starker Beifall.)

**Vorsitzender von Knoeringen:** Ich danke dem Genossen Menzel für dieses Referat. Wir werden die Diskussion darüber morgen früh zu führen haben.

Wir haben die Zeit eigentlich bereits überschritten. Um 17.30 Uhr sollte abgefahren werden. Aber die Ergebnisse der Wahlen sind noch nicht bekannt; wir werden nicht warten können, bis die Auszählung abgeschlossen ist. Wenn wir das erst noch bekanntgeben wollten, wird es eine zu große Verzögerung sein; ich schlage daher vor, daß die Bekanntgabe des Wahlergebnisses morgen früh um 9 Uhr erfolgt.

Wir wären dann für heute am Ende der Beratungen, Genossen! Jetzt noch einmal: In der Zeppelinstraße stehen die Omnibusse. Die Privatwagen wollen sich anschließen! Die Omnibusse fahren voraus in Richtung Starnberg. Ich wünsche einen fröhlichen Abend!

(Schluß der Sitzung: 17.52 Uhr)

Ferner erhielt der Genosse Haas 209 Stimmen, der Genosse Franke 204 Stimmen, der Genosse Brandt 194 Stimmen, der Genosse Kühn 186 Stimmen, und je 1 Stimme entfielen auf den Genossen Seidel und den Genossen Brünen. Die Wahl der Kontrollkommission hatte folgendes Ergebnis:

Abgegeben wurden 379 Stimmen; 1 Stimmzettel war durchgestrichen, also sind gültig 378 Stimmen. Davon erhielten:

Paul Löbe	375 Stimmen
Adolph Schönfelder	375 "
Fritz Ulrich	370 "
Jakob Steffan	364 "
Christian Wittrock	363 "
Walter Damm	362 "
Heinrich Höcker	358 "
Grete Rudoll	353 "
Ernst Herder	352 "

**Vorsitzender Steinhoff:** Ich danke dem Berichterstatter und frage, ob einer der Gewählten — Parteivorstand oder Kontrollkommission — die Wahl nicht annehmen will. — Ich höre keine Stimme. Ich kann also feststellen, daß die Gewählten die Wahl annehmen.

Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt:

#### **Die Arbeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion**

und treten in die Diskussion ein.

Als erster erteile ich das Wort der Genossin Gretl Swoboda, München. Ihr folgt der Genosse Willy Könen aus Düsseldorf.

**Gretl Swoboda** (München): Genossinnen und Genossen! Für das üppige Blumenbukett politischer Probleme, wie Genosse Menzel gestern ausführte, gebührt der Bundestagsfraktion unser besonderer Dank; denn mancher harte Strauß war auszufechten, bevor dieser Blumenstrauß gebunden werden konnte. Darunter waren auch manche stachelige Gewächse wie z. B. das „schlechteste Kindergeldgesetz“, das je eine politische Bühne passiert hat (Beifall). Unsere Fraktion wurde seinerzeit dabei eiskalt niedergestimmt; denn man hatte es bekanntlich nicht nötig, sich nach dem besseren Sachverstand zu richten.

Genosse Menzel nannte als einen der wichtigsten innenpolitischen Stabilisierungsfaktoren die soziale Reform. Auf dem Gebiet der Sozialreform hat unsere Fraktion für die Neuordnung der Rentenversicherung ein großartiges Werk geschaffen, das an Stelle des veralteten Systems der Rentenberechnung gleitende Renten einführt, die jeweils an die gestiegenen Löhne und an die gestiegenen Preise angeschlossen werden. Genossinnen und Genossen! Auch das ist eine Revolution, aus altem sozialistischem Gedankengut geboren; denn schon auf dem Dortmunder Parteitag haben wir gefordert, daß die Renten der Kaufkraft angeschlossen werden müssen. Dies geschieht z. B. heute schon bei den Beamtenpensionen ohne viel Aufhebens. Aber wenn man nun vor zwei Jahren diese Ansicht geäußert hat, lief man immer Gefahr, von einem Inquisitionsgericht der sogenannten klassischen Sozialversicherung als Ketzer verbrannt zu werden.

In konsequenter Weiterführung des Gedankens, daß am Beginn des Zeitalters der Automatisierung nicht nur die Arbeitszeit kürzer wird, setzte die SPD die Altersgrenze herab, und zwar zunächst für gesundheitlich besonders gefährdete Berufe und für die Frauen.

Wie lange muß denn heute eine Frau ihre unbestrittene Doppelfunktion von hausfraulicher und beruflicher Tätigkeit ausüben, und wann kann sie sich wenigstens mit einer dieser Funktionen zur Ruhe setzen?

Über die Notwendigkeit der Frauenarbeit brauche ich in diesem Rahmen nichts Besonderes zu sagen. Die heutige Bundesregierung, vertreten durch den Minister Storch, ist aber nicht geneigt, aus der unwiderleglichen Tatsache, daß 84 Prozent aller Frauen vor Erreichung der Altersgrenze invalide werden, die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Minister Storch hat es folgendermaßen formuliert: „Für diese Leute, die in Wirklichkeit verbraucht sind, besteht gar kein Bedürfnis, die 60-Jahr-Grenze festzusetzen; denn sie machen weitgehend Gebrauch von der Untersuchung, ob ihre Arbeitskraft verbraucht ist. Herr Minister Storch sollte sich einmal die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Frauen an Ort und Stelle ansehen; denn hier gilt das Wort: „Nur wer die Last hob, kann von Schwere sagen; noch besser, wenn er sie getragen!“

Die Bundesregierung stellt sich dabei bewußt in Gegensatz zu den Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation auf Herabsetzung der Altersgrenze für die Frauen um 5 Jahre. 24 Länder rings um uns herum gönnen ihren berufstätigen Frauen einen Ruhestand schon vom 60. Lebensjahr ab, einige bereits vom 55. Die Heimatländer folgender internationaler Gäste auf dem Parteitag haben sich dieser Regelung angeschlossen: Dänemark, England, Griechenland, Luxemburg, Österreich. Daß auch die Ostzone diese Regelung durchführt, sollten wir nicht vergessen.

Herr Storch beruft sich darauf: Wenn man den Frauen schon vom 60. Lebensjahr ab die Altersrente gibt, werden sie früher entlassen, weil der Arbeitgeber auf sie nicht mehr Rücksicht zu nehmen braucht. Man hat es aber bis heute nicht erlebt, daß eine 60jährige Frau aus diesem Grunde geschützt worden wäre. Die Erkenntnis, daß eine Frau nach biologischen Grundsätzen früher ihre Arbeitskraft verbraucht hat, wird sich bei uns erst Bahn brechen, bis die ewig Gestrigen, die diese Regelung nicht für notwendig halten, von der politischen Bühne abgetreten sind.

Was der SPD-Entwurf den Frauen ersparen will, ist der zermürbende Rentenkampf vor den überlasteten Sozialgerichten, die am 31. Dezember 1955 insgesamt 328 000 unerledigte Streitfälle liegen hatten, davon über 51 000 Invalidenrentenstreitsachen. Die invalidenversicherten Frauen sind ja diejenigen, die von der heutigen Regelung am meisten betroffen sind. 40% aller berufstätigen Frauen sind invalidenversichert, 19% angestelltenversichert und nur 1,2% gehören dem Berufsbeamtentum an. Nur dieser kleine Prozentsatz hat Aussicht, seine Altersrente bei einigermaßen erträglichen Arbeitsbedingungen zu erreichen. Es ist ja doch ein Unterschied, ob ich mich vor einer lärmenden Maschine plage oder ein ruhiges Einzelzimmer als Arbeitsstätte habe.

Wir wissen uns bei dieser Forderung einig mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft.

Bisher hat ein deutsches Gesetz ja auch schon die Altersgrenze für Frauen um 5 Jahre herabgesetzt, nämlich das Kriegsschadenrentengesetz aus dem Lastenausgleichsgesetz.

Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag sollte nicht vorbeigehen, ohne auch ein Wort an die Familie zu richten. Wir sozialdemokratischen Frauen hoffen, daß bei einem gesteigerten Sozialprodukt, wie es von der Automation zu erwarten ist, auch die Familie einen gerechten Anteil bekommen wird und auch die Hausfrauen mit ihrer staaterhaltenden, volkswirtschaftlich unerläßlichen Tätigkeit dadurch eine Erleichterung und Anerkennung erfahren werden. Diese Erwartung können wir von der Zukunft hegen.

Für die heutigen berufstätigen Frauen besteht ein großer Unterschied zwischen *Arbeitenkönnen* und *Arbeitenmüssen* bis zum Umfallen. Der SPD-Entwurf sieht auch die Möglichkeit vor, wenn eine Frau weiterarbeiten kann und will, daß sie ohne weiteres bis zum 65. Lebensjahr arbeiten kann.

Die von der SPD vorgesehene Regelung der 60-Jahr-Grenze für Frauen widerspricht auch nicht dem Grundgesetz. Es ist längst höchstrichterlich zugunsten der Frauen entschieden, daß das für die Frauen erlassene Mutterschutzgesetz, die Arbeitsschutzbedingungen und das Hausarbeitstagesgesetz dem Grundsatz der Gleichberechtigung nicht zuwiderlaufen. Heute aber möchten die maßgebenden Regierungsparteien sich hinter die Gleichberechtigung verschanzten, wenn es um eine soziale Maßnahme geht, die Regierungsparteien, die sonst alles zu tun geneigt scheinen, um die Gleichberechtigung in der Familiengesetzgebung zu verhindern.

Genossinnen und Genossen, 6 Millionen unselbständig erwerbstätige Frauen zählen wir heute, und diese 6 Millionen werden im nächsten Jahr an die Wahlurne gehen. Wir wollen nicht hoffen, daß man in Abwandlung des bereits zitierten Wortes von Aristoteles den Frauen zumutet, sie hätten sich nur mit Arbeit zu begnügen, und das nach der Meinung von Storch bis ins hohe Alter.

Genossinnen und Genossen, helfen Sie uns bei der Aufklärung, daß die Frauen ein ruhiger Lebensabend erwartet, wenn sie *unserer* Rentenreform zum Durchbruch verhelfen (Beifall).

**Vorsitzender Steinhoff:** Genossinnen und Genossen! Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß sich gemäß § 25 unserer Satzung die Kontrollkommission konstituiert hat. Zum Vorsitzenden wurde wieder Adolph Schönfelder gewählt.

Der Genosse Fritz Erler wird heute 43 Jahre alt und ist gleichzeitig am heutigen Tag 25 Jahre Mitglied der Partei. (Stürmischer Beifall.) Unsere herzlichsten Glückwünsche! Sie gelten gleichzeitig für alle Geburtstagskinder, die unter Umständen hier anwesend sind und von denen wir nicht wissen, daß sie heute Geburtstag haben. (Erneuter Beifall.)

Es stehen bei der angefangenen Debatte außer den Anträgen Nr. 82 und 94 mit zur Debatte der Antrag Nr. 36, unter Punkt 4 die Anträge 49 und 50 und die Anträge 105, 107 und 108. Die Anträge werden, wenn die Diskussion abgeschlossen ist, zur Entscheidung gestellt.

Ich erteile das Wort dem Genossen Willy Könen.

**Willy K ö n e n** (Düsseldorf): Genossinnen und Genossen! Der Landesverband Berlin hat den Antrag 49 eingereicht, der fordert, daß das 131er Gesetz geändert werden soll, damit den ehemaligen aktiven Nazis keine Pension gezahlt und ihnen jede Möglichkeit genommen werde, im öffentlichen Leben tätig zu sein. Ich bin hier heraufgegangen, Genossinnen und Genossen, um aus dem großen Paket eine kleine Kleinigkeit bekanntzugeben, um darzutun, daß es sich bei dem Berliner Antrag nicht um einen Antrag unter vielen Anträgen handeln darf, sondern daß hier eine Lebensfrage unserer Bundesrepublik angeschnitten worden ist. (Starker Beifall.)

Ich habe hier eine Liste von 24 leitenden Kriminalbeamten im Lande Nordrhein-Westfalen. Bei 10 Minuten kann ich es also bei nur einer halben Minute pro Nazi nicht schaffen. Ich bitte dafür Verständnis zu haben, wenn ich nur über die Tatsachen etwas sage und mich irgendeiner Kommentierung enthalte. Die Schlußfolgerung darf ich denen überlassen, die es angeht.

Genosse Behrlich hat von den braunen Wanzen im Trümmerschutt gesprochen. Wenn man den Trümmerschutt beim Aufbau wieder verwenden will, muß man die Wanzen dadurch unschädlich machen, daß man nicht an Zement spart, wenn der Beton angerührt wird, damit der Zement hart wird. Dann sind auch die braunen Wanzen nicht mehr schädlich. Da scheint es mir also notwendig zu sein, daß *wir* allmählich etwas hart werden.

Von diesen 24 leitenden Kriminalbeamten im Lande Nordrhein-Westfalen sind 20 ehemalige Sturmbann- und Sturmhauptführer des SD, 4 davon waren „nur“ SS-Sturmhauptführer. Für die jüngeren Genossen unter uns, die nicht wissen was SD ist — zum Glück haben wir ja einige Delegierte, denen man zumuten könnte, daß sie es nicht wissen — darf ich sagen, der SD war der Sicherheitsdienst des Dritten Reiches, eine Organisation der Bluthunde des Blutsäufers Adolf Hitler (Beifall). Die Leute, von denen ich hier rede — ich lege Wert darauf, das zu betonen —, sind nicht etwa irgeleitete kleine Nazis, auf denen ich mit einem lächerlichen Haß herumreiten möchte. So ist es nicht. Aus Bluthunden aber kann man keine Lämmer machen! (Beifall.) Sie können auch nicht für sich das Recht des politischen Irrtums oder des Ich-habe-es-nicht-gewußt in Anspruch nehmen; denn sie waren die Ausführenden der Verbrecherclique in Berlin. Von diesen 24 waren 11 SS-Sturmbannführer im Sicherheitsdienst, 2 SS-Sturmhauptführer im Sicherheitsdienst, 7 SS-Führer im Sicherheitsdienst, davon mindestens 5 Sturmhauptführer im SD, 4 waren SS-Sturmhauptführer. 6 von diesen heute leitenden Kriminalbeamten saßen im Reichssicherheitshauptamt. Genosse Schröder von Berlin, mit dem ich gestern darüber sprach, hat bei dieser Gelegenheit einen wiedergefunden, den er schon lange sucht, weil er mit ihm etwas abzurechnen hat. 5 davon waren im Einsatz im Ausland. Diese Leute verteilen sich wie folgt: 1 leitender Beamter auf der Bundesebene, 3 leitende Beamte auf der Landesebene in Nordrhein-Westfalen, 3 auf der Regierungspräsidialebene, als Leiter der Kriminalabteilungen beim Polizeipräsidium 12, 1 stellvertretender Leiter, 2 Polizeidirektoren, sonstige leitende Beamte 2. Ein erschreckendes Bild.

Ich habe noch 5 Minuten, da will ich die Schlimmsten herausuchen:

Kriminaloberrat Fritz Weber, derzeit im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen als der oberste Kriminaldirektor tätig. Der Mann hat eine interessante Geschichte. 1933 zum preußischen Innenministerium, weil im

Sinne des NS-Staates besonders zuverlässig, 1942 in Kassel — vielleicht kennen ihn einige von euch — dann SS-Sturmbannführer im SD und im Luxemburg-Einsatz. Anfangs dann ein kleiner Kriminalinspektor in Hessen bei der Regierung und 1955 wieder Kriminaloberrat.

Kriminalrat Dr. Maly. Er leitet augenblicklich die Kriminalabteilung im Polizeipräsidium in Bonn. Er war SS-Sturmbannführer im SD, er war im Holland-Einsatz als Leiter der Sicherheitspolizei beim Befehlshaber der Polizei. Im Jahre 1956 ist er wieder Kriminalrat. Er war einer der Personalsachbearbeiter im Reichssicherheitshauptamt Berlin.

Und damit er, wenn er in Urlaub ist, auch richtig vertreten wird, hat er sich einen SS-Sturmbannführer mitgebracht, seinen Stellvertreter Kriminalrat Otto Wensky im Polizeipräsidium Köln. Genossinnen und Genossen, es eckelt einen an.

Dann der Kriminalrat Dr. Wehner, Leiter der Kriminalpolizei in Düsseldorf. Er war im SD-Einsatz in Griechenland und auf Kreta. Alter Parteigenosse vor 1933, alter SS-Mann vor 1933 mit dem Traditionswinkel.

Ich mache Schluß, Genossinnen und Genossen. Sturmbann- und Sturmhauptführer der SS, die im Sicherheitsdienst tätig waren, sie sind heute diejenigen, die in den neuralgischen, in den empfindlichen Stellen, nämlich bei der Kriminalpolizei leitende Beamte sind. Ich werfe nicht die Frage auf, wer die Schuld daran trägt, wen man dafür verantwortlich machen soll. Ich möchte nur um folgendes bitten. Wenn das 131er Gesetz in seiner jetzigen Form nicht dazu geeignet ist, diese Dinge unmöglich zu machen, dann müssen wir es gefälligst und baldigst ändern. Und alle Genossen, ob in den Parlamenten oder in Behörden, in den Ministerien oder anderen Behördenstellen sollten einstimmig die Forderung erheben: Räumt diesen Saustall aus! (Starker Beifall.)

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat der Genosse Hesselbach, Hessen-Süd.

**Walter Hesselbach** (Frankfurt): Genossinnen und Genossen! Der Antrag 82 ist durch die vorliegenden Entscheidungen zum Teil bereits erledigt. Drei Dinge haben uns auf diesem Parteitag besonders bewegt. Einmal die Erkenntnis von der weltumspannenden Kraft des Sozialismus, der gemeinsamen Weltansicht aller arbeitenden Menschen und Völker der Erde, die so deutlich demonstriert wurde, zum zweiten die lebendige Tradition unserer Partei, dargestellt einmal durch den Genossen Wissell, und zum anderen fühlbar gemacht durch die Arbeiterlieder, die hier ertönten und auch heute noch in uns etwas zum Schwingen zu bringen vermögen. Und das dritte, der große und ernsthafte Versuch, hier über den Tag hinaus zu denken, eine Brücke in die Zukunft zu schlagen und den Sozialismus an die Seite der Wissenschaft zu stellen. Dies alles, Genossinnen und Genossen, kann uns mit Stolz und Zuversicht erfüllen, und es ist zugleich eine große Verpflichtung, wenn ein Genosse, was mir besonders in Erinnerung ist, davon sprach, daß die sozialistischen Parteien der Welt besonders auf die SPD schauen, weil in diesem Land die Wiege des Sozialismus gestanden hat. Daraus, glaube ich, Genossinnen und Genossen, können wir klar erkennen, wie groß unsere Verantwortung ist. Nach dieser Einleitung folgendes. Ich habe persönlich eine



außerordentliche Hochachtung vor unseren volkswirtschaftlichen Experten. Die von Ihnen entwickelten Gedanken sind zweifellos richtig. Die Verhinderung der Krise ist nach den Erkenntnissen der Wirtschaftswissenschaft heute möglich. Die Erreichung und Erhaltung der Vollbeschäftigung ist durchaus möglich, und die Steigerung der Produktivität ebenfalls. Das ist unbestreitbar. Alle diese Dinge und Erkenntnisse sind richtig und sie dienen der Findung neuer Wege und Methoden zur Erreichung des Sozialismus. Aber, Genossinnen und Genossen, sie sind nicht bereits Sozialismus. Sie erfüllen allein nicht die Postulate, die wir zu stellen haben, die Postulate nach der Befreiung des Menschen aus politischer, sozialer und geistiger Hörigkeit, der Beseitigung der Ausbeutung in jeglicher Form und der sozial gerechten Verteilung des Sozialprodukts. Neue Erkenntnisse verändern die Wege und Methoden, aber nicht das Ziel.

Wir haben folgende Faktoren zu verzeichnen. Der immer wieder gepriesene sogenannte Unternehmergeist ist keine ausschlaggebende wirtschaftsbewegende Kraft und verliert in steigendem Maße an Bedeutung. Das Privateigentum verliert mehr und mehr an Bedeutung, wird mehr und mehr funktionslos. Es steht nur noch im leeren Raum, zum Schaden der Allgemeinheit als eine unkontrollierte und gefährliche wirtschaftliche und politische Macht, ohne daß es hierfür noch Zweckmäßigkeitsargumente gäbe. Die Ausbeutung hat zwar ihre frühere Brutalität verloren, aber sie ist noch nicht überwunden. Die Konzentration des Kapitals ist unaufhaltsam. Aus diesen Erkenntnissen heraus und im Hinblick auf die Entwicklungstendenzen der sogenannten zweiten industriellen Revolution wird der scheinbare Ladenhüter der Vergesellschaftung heute wieder hochaktuell, und ich meine, wer das nicht erkennt, hat etwas zuviel Ballast abgeworfen.

Ein Weiteres, Genossinnen und Genossen! Das Spannungsverhältnis in der Einkommensverteilung hier in diesem Land beträgt etwa 1 : 1500, das heißt 4000 Einkommensbezieher an der Spitze der Pyramide beziehen etwa so viel an Einkommen wie die 6 Millionen am Fuß der Pyramide. Das ist ethisch unerträglich und politisch für die Demokratie gefährlich.

Wir haben den Antrag 100, der die zweite industrielle Revolution betraf, angenommen. Die in diesem Antrag getroffenen Feststellungen sind ungeheuer wichtig. Man darf sich — wie wir es hier getan haben, Genossen — dahinterstellen, und auch die daraus gezogenen Forderungen sind ohne jede Einschränkung zu bejahen. Aber ich möchte sagen, daß sie noch nicht ganz ausreichend sind. Ich glaube, daß sie präzisiert, ergänzt und konkretisiert werden müssen. Denn es geht nicht nur darum, daß die Sozial- und Wirtschaftsordnung dem Beginn der zweiten industriellen Revolution angepaßt werden; es geht vielmehr darum, daß eine völlige Neuordnung der Gesellschaft und Wirtschaft in sozialistischem Sinne erfolgen muß, weil diese Neuordnung im sozialistischen Sinne allein der zweiten industriellen Revolution angepaßt ist.

Es geht um die Koordinierung von Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik, Geld- und Kreditpolitik, und es geht darum, daß ein wesentlicher Teil der Wirtschaft in den Griff der Allgemeinheit kommt, wodurch die Erkenntnisse der Wissenschaft überhaupt erst verwirklicht und voll zur Wirkung kommen können. Das heißt aber, Genossinnen und Genossen, eine konsequente Durch-

führung des betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer, vertreten durch die Gewerkschaften. Und das heißt, daß dort, wo es zweckmäßig und notwendig ist — und man soll es aussprechen —, die Vergesellschaftung, natürlich in hierfür zu entwickelnden neuen Formen, herbeizuführen ist, die zugleich eine wirksame Kontrolle der staatlichen Macht beinhaltet und damit einen Mißbrauch unmöglich macht.

Wir müssen also, Genossinnen und Genossen, neue Formen finden und vor allem das Bewußtsein des Menschen bilden. Das Bewußtsein bilden heißt aber auch, dem Menschen klarmachen, in welcher Klassenlage er sich befindet. Was soll das Gerede davon, daß jeder seines Glückes Schmied sei und man bloß tüchtig zu sein brauche, um in dieser Welt Erfolg zu haben. Genossen und Genossinnen, das sind Fiktionen und Illusionen. Bei den arbeitenden Menschen wird durch die Ausnahme die Regel bestätigt, daß das Schicksal des einzelnen nur dann entscheidend besser wird, wenn die soziale Frage seiner Klasse gelöst wird. (Vereinzelter Beifall.) Es ist nicht unsere Aufgabe, Genossinnen und Genossen, Halbbildung zu vermitteln, es ist nicht unsere Aufgabe, Illusionen zu erwecken und Menschen zu verführen, mit falschen sozialen Trümpfen zu spielen. Es ist unsere Aufgabe, aufzuklären und zu sagen, was ist. Das gilt in erster Linie für die stets zunehmende Schicht der Angestellten, bei denen die Bewußtseinsbildung und die Erkenntnis der Klassenlage weniger denn je zuvor vorhanden ist. Es gilt nicht, Genossinnen und Genossen, den Kapitalismus zu reformieren und darin bereits das Ziel zu sehen. Die Herrschaft des Kapitalismus ist nicht zu beeinträchtigen, sondern sie ist zu beseitigen, da letzten Endes nur so der Kommunismus gebannt werden kann!

In diesem Zusammenhang, liebe Genossinnen und Genossen, ein Wort zum Kölner Kongreß. Der Kölner Kongreß brachte einen ganz bedeutenden Diskussionsbeitrag. Was dort gesagt worden ist, kann nicht eingehend genug studiert und beachtet werden. Aber — und das wollen wir auch aussprechen — er brachte keine verbindlichen Erklärungen und konnte keine programmatischen Erklärungen abgeben, weil er kein gewähltes und dazu bestimmtes Organ der Partei war. Nur soviel dazu!

Aber gleichzeitig — um es nochmals zu unterstreichen — meine volle Anerkennung für alles, was dort ausgesprochen und an wertvollen Gedanken entwickelt wurde. (Glocke des Präsidenten.)

Dies alles, Genossinnen und Genossen, was ich ausführte, sollte der Antrag<sup>82</sup> des Unterbezirks Frankfurt am Main besagen. Er ist unvollkommen formuliert und hat eine Fülle von Mängeln. Außerdem ist er bereits durch angenommene Anträge weitgehend erledigt. Ich glaube aber, es würde dem Geist dieses Parteitags nicht entsprechen, wenn er abgelehnt würde. Daher meine ich, sollte er als Material dem Parteivorstand überwiesen werden, und hierum bitte ich den Parteitag, weil dies die konsequente Fortsetzung des Geistes wäre, in dem wir bisher hier diskutiert und uns gegenseitig vom richtigen Wege zu überzeugen versucht haben. Es ist klar, unmißverständlich und unzweideutig ein Ziel zu formulieren, damit es nicht nur in die Köpfe der Intellektuellen, Genossinnen und Genossen, sondern auch eingehe in die Herzen der arbeitenden Massen, der arbeitenden Menschen eingeht, damit sie wieder erfüllt sind von dem hohen Ziel und sie dazu angeregt werden, mit uns für die Erreichung dieses großen Zieles zu kämpfen (Beifall).

**Vorsitzender von Knoeringen:** Das Wort hat der Genosse Dr. Martin Schmidt. Ihm folgt der Genosse Helmuth Schmidt aus Hamburg.

**Martin Schmidt** (Hannover): Genossinnen und Genossen! Ich bin dem Genossen Walter Menzel dankbar, daß er zum erstenmal so ausführlich in einem solchen Bericht auf die Fragen der Landwirtschaft und ihrer Menschen eingegangen ist. Ich möchte das unterstreichen und einige Ergänzungen dazu machen. Die deutsche Landwirtschaft, und damit die Masse der Klein-, Mittel- und Familienbetriebe, befindet sich in einem Umwandlungsprozeß, der nicht nur eine technische und eine betriebliche, sondern auch eine menschliche und soziale Seite hat. Und hier haben wir als Partei eine besondere Aufgabe. Wir haben die Aufgabe, diese Entwicklung positiv zu beeinflussen. Wir können ihnen dafür keine Rezepte angeben. Die wird es auf diesem Gebiet niemals geben; aber wir haben klare Vorstellungen anzubieten, in deren Mittelpunkt diese Klein-, Mittel- und Familienbetriebe stehen. Und schon das allein unterscheidet uns von den anderen. Wir sollten uns als Partei und in der Partei mehr denn je darüber bewußt bleiben, daß gesellschaftspolitisch in der Landwirtschaft gewaltige Unterschiede bestehen. Die Landwirtschaft ist keine ökonomische und keine soziale Einheit. (Vereinzelter Beifall.) Ich möchte das noch einmal sagen, was Walter Menzel gestern gesagt hat: Das gesellschaftliche Sein der Bauern wird bestimmt durch das Verfügungsrecht über den Boden, über das Arbeitseigentum, und wir sollten Maßnahmen treffen, die dieses Arbeitseigentum sichern.

Wir haben seit 10 Jahren im Bundestag versucht, die Siedlung, die Eingliederung der Heimatvertriebenen, die Flurbereinigung, die Regelung des Grundstückverkehrs usw., usf., vorwärtszutreiben. Wir haben dabei nur geringe Fortschritte erzielt, weil die Koalition nur mit Widerwillen an diese Fragen herangegangen ist. Nun, es gibt ja auch ein Regierungsprogramm, Genossinnen und Genossen, aber das Regierungsprogramm setzt man nicht dadurch in die Tat um, daß man nur darüber redet. Wir haben seit einigen Jahren auch einen besonderen Beirat im Ernährungsministerium für diese Fragen. Aber dieser Beirat hat es nach drei Jahren in diesen Monaten gerade fertiggebracht, sich über die Begriffsbestimmungen zu einigen. Inzwischen aber klettern die Bodenpreise in eine wahnwitzige Höhe, die Bodenspekulation nimmt ein beängstigendes Maß an, und wenn die Kurve so weiter ansteigt, wird das letzten Endes eines schönen Tages zu einer Gefahr für unsere ganze Wirtschaft.

Die jetzige Mehrheit im Bundestag hat dafür kein Verständnis. Sie kennt die Bodenprobleme nicht, und sie will sie auch nicht kennen, weil in diesen Problemen der Spaltplatz für sie sitzt. Obwohl die Koalition immer vorgibt, der alleinige Beschützer des Eigentums zu sein, läßt sie ständig die Aushöhlung des bäuerlichen Eigentums zu. Das haben wir bei den Beratungen über das Schutzbereichsgesetz gesehen. Die Koalition war in diesen Fragen nicht initiativ. Das blieb uns überlassen. Und ich möchte annehmen, daß auch bei den Beratungen des Landbeschaffungsgesetzes für Verteidigungszwecke es uns allein vorbehalten bleiben wird, den bäuerlichen Besitz, die bäuerliche Existenz, vor ihrer Vernichtung zu bewahren. Wir sind also aus vielen Gründen für die Erhaltung und Förderung dieser Familienbetriebe. Sie haben seit Jahrzehnten im Schatten der deutschen Agrarpolitik gelebt, und es ist unsere Aufgabe, diese Betriebe aus dem Schatten herauszuführen. Das wird unser Beitrag zur Wende der deutschen Politik sein.

Wir haben im kommenden „Grünen Plan“ die Gelegenheit, die Leistungskraft dieser Familienbetriebe nach allen Seiten hin zu stärken. Die Geschenke des Bundeskanzlers an die Kundgebungen von Köln, Münster und Hannover dürfen sich nicht wiederholen. Sie standen im Widerspruch zu den Ergebnissen des „Grünen Berichts“.

Nun, Genossinnen und Genossen, wir haben im Herbst auf dem Agrarpolitischen Kongreß Gelegenheit, diese Forderungen zu präzisieren. Dabei brauchen wir die anderen nicht mit Forderungen zu übertrumpfen. Ein Wenig kann oft ein Mehr sein. Wenn wir unsere Forderungen richtig sehen und sie aus vollem Herzen vorwärtstreiben, wird uns der Erfolg auch nicht versagt bleiben.

Nur auf eines kommt es an, das lassen Sie mich auch noch sagen. Es ist wichtig, daß Wort und Tat in Übereinstimmung stehen. Man kann Agrarpolitik nicht nur mit taktischen Mitteln treiben; denn nichts auf dem Lande ist schlimmer, als wenn man ungläubwürdig wird. Ich habe daher den Appell an Sie zu richten und bitte Sie, mitzuhelfen, daß die gesamte Partei diese sozialen und ökonomischen Probleme des Landes anerkennt und sich ihrer aktiv annimmt. Diese Probleme, Genossinnen und Genossen, sind der Partei nicht fremd und können ihr nicht fremd sein. Sie sind kein Fremdkörper in dieser Partei; sie sind uns zum Teil unmittelbar auf den Leib geschrieben. Ich erinnere als Beispiel nur an die Fragen der Bildung auf dem Lande. Wir kennen doch den Tatbestand, daß die Bildungsmöglichkeiten auf dem Lande im Vergleich zu denen in den Städten denkbar schlecht sind. Es wäre eine Aufgabe der Kultusminister, das zu ändern. (Vereinzelter Beifall.)

Außerdem sollten wir in der Frage der Alterssicherung der Bauern und Landwirte die Initiative ergreifen. Die CDU hat sich durch ihren Sprecher Horn bereits davon distanziert. Es wird also unsere Aufgabe sein, diese Alterssicherung auf dem Lande zu verwirklichen. Und wenn es zutrifft, was uns am Dienstag vormittag hier gesagt wurde, daß das Verständnis für unsere Partei auf dem Lande im Wachsen begriffen ist und daß ein Viertel der noch schwankenden Wahlberechtigten auf dem Lande wohnt, kann es doch nur eines geben: Ran an die Arbeit! Wir haben nichts zu verlieren, aber viel zu gewinnen (Beifall).

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat Genosse Helmuth Schmidt. Ihm folgt der Genosse Schellenberg, Berlin.

**Helmuth Schmidt** (Hamburg): Genossinnen und Genossen! In der Diskussion über die Referate von Carlo Schmid und Leo Brandt hat es einige Vorgriffe auf einen Gegenstand gegeben, der eigentlich erst gestern durch das Referat von Menzel zur Diskussion gestellt wurde. Ich meine die Wirtschaftspolitik. Carlo Schmid hatte in seinem Referat die wichtige Rolle der Planung und Lenkung des industriellen Prozesses hervorgehoben, der jetzt bei der großen Umwälzung in Gang kommt. In der darauf folgenden Diskussion haben dann aber einige Interpretationskunststücke und Akzentverschiebungen begonnen. So hat z. B. Hermann Veit gemeint, es sei durch das Referat von Carlo Schmid in unserer Wirtschaftspolitik „wieder alles klar“. — So wörtlich! — Ein anderer weniger prominenter Debatteredner hat bei Carlo Schmid sogar eine

Übereinstimmung mit seiner eigenen Kritik am geistigen Gehalt des Kölner Kongresses herauslesen wollen. Eine ähnliche Kritik bringt auch in einer recht polemischen Formulierung der Antrag 82 zum Ausdruck.

Gegenüber diesen Bemerkungen, meine ich, sollte hier jedoch mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß die im Dortmunder Aktionsprogramm konzipierte Wirtschaftspolitik unserer Partei mit ihrer Synthese von Leistungswettbewerb und gesamtwirtschaftlicher Planung auf dem Berliner Parteitag erneut bestätigt wurde und seitdem in vielen Bundestagsdebatten ihre objektive Richtigkeit, Angemessenheit und Überzeugungskraft unter Beweis gestellt hat. Diese auf dem Kölner Kongreß von Deist in zusammengefaßter Form erneut dargestellte wirtschaftspolitische Konzeption ist eine unter schwierigen Klärungsprozessen erarbeitete Errungenschaft unserer Partei (vereinzelter Beifall), eine Errungenschaft, deren Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit man nicht leichtfertig gefährden darf.

Dieses wirtschaftspolitische Programm ist übrigens bereits eine beachtliche Vorleistung im Sinne des vorgestern angenommenen Antrags des Parteivorstandes zur zweiten industriellen Revolution mit seinen sieben Punkten. In diesen sieben Punkten steht nämlich mit Recht: Kontrolle der wirtschaftlichen Macht, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Nationalbudget, Investitionssteuerung. Das sind doch seit Jahr und Tag die wesentlichen Bestandteile, ja das ist doch geradezu das Rückgrat der sozialdemokratischen wirtschaftspolitischen Methodik, wie sie seit vier Jahren immer wieder von unseren wirtschaftspolitisch arbeitenden Genossen in allen Einzelheiten vorgetragen wird. Das sind gleichzeitig auch die entscheidenden wirtschaftspolitischen Mittel — um mit Carlo Schmid zu sprechen — „zur „Kanalisation“ der neuen industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung, wie er sie verlangt hat.

Ich darf darauf hinweisen, daß das wirtschaftspolitische Kapitel des Aktionsprogramms, das die wichtige wirtschaftspolitische Methodik und das Instrumentarium sehr ausführlich und weitgehend darstellt, 17 Seiten umfaßt. Ich gebe zu, daß es vielleicht nicht gerade sehr volkstümlich und populär verständlich abgefaßt ist. Ich gebe zu, daß es wahrscheinlich dringend notwendig ist, es allgemeinverständlich zu kommentieren. Aber der geistige Gehalt des Aktionsprogramms, soweit es sich um die Wirtschaftspolitik handelt, ist nicht anzutasten, und man sollte bei Äußerungen in der Öffentlichkeit recht vorsichtig sein, wenn man Kritik übt.

Erst vor einigen Tagen hat die Bundestagsfraktion einen im wesentlichen auf Karl Schiller zurückgehenden Gesetzentwurf eingereicht — Walter Menzel hat das schon gestreift —, nach dem die Bundesregierung zur alljährlichen Vorlage volkswirtschaftlicher Gesamtbilanzen und Nationalbudgets pro futuro verpflichtet werden soll. Die Wirtschaftspolitik unserer Partei und Fraktion ist also durchaus auf einem Weg, der auch den neuen Aufgaben der zweiten industriellen Revolution und ihrer Kanalisation dient. Daran sollte uns — und das sage ich zu Hermann Veit — nicht irre machen, daß seit einiger Zeit der Minister Erhard bei uns Unterstützung sucht, wenn sogar ihm der unverhüllte und unverschämte Interessendruck des Bundesverbands der deutschen Industrie über die Hutschnur geht. Es sollte uns nicht irre machen, daß er unsere Hilfe sucht, wenn ihm der wirtschaftspolitische Dilettantismus seines Bundeskanzlers ins Handwerk pfuscht (Beifall). Das ist doch ein Verdienst der Klarheit unserer Wirtschaftspolitik (Beifall).

Zum Frankfurter Antrag Nr. 82 und auch besonders zum Genossen Hesselbach, der ihn hier vertreten hat, möchte ich folgendes sagen: Sie haben die wichtige These, die richtige Forderung Carlo Schmid's nach Planung unterstrichen. Bitte beherzigen Sie aber ebenso auch seinen Ruf nach Aufrechterhaltung und Erweiterung der Freiheit des einzelnen Menschen. (Vereinzelter Beifall.) Mehr als bisher zwingt uns die moderne Entwicklung, im geschlossenen Gesamtrahmen der Volkswirtschaft zu planen, Kapitalströme und Investitionen zu lenken. (Vereinzelter Beifall.) Ebenso werden wir aber angesichts der technokratischen Gefahr mit äußerster Skepsis und Wachsamkeit noch mehr als bisher jede Einzwängung des Menschen in privatwirtschaftliche und staatliche Unterordnungssysteme bekämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Sowohl die Freiheit des Geistes und die Unverletzlichkeit der Person als aber auch der freie Raum ihrer Bewegungs- und Handlungsfähigkeit als Arbeitnehmer oder Selbständiger, als Erzeuger oder als Verbraucher ist uns ein sehr ernstes menschliches Anliegen. (Beifall. Zuruf: Wir sind dagegen!)

**Vorsitzender von Knoeringen:** Das Wort hat der Genosse Schellenberg, Berlin. Ihm folgt Heinrich Deist.

Es wird gewünscht, daß die Genossin Lemke zu einer Sitzung des spanischen Komitees kommt.

Der Genosse Schellenberg!

**Ernst Schellenberg** (Berlin): Walter Menzel hat in seinem Referat eine Frage angesprochen, die vielleicht unter dem Eindruck der Vorstandswahlen nicht die rechte Resonanz gefunden hat, nämlich den Tatbestand, daß bei der bürgerlichen Sozialpolitik die Eigenhilfe im Vordergrund steht und bei uns der allgemeine und unbedingte Rechtsanspruch auf soziale Sicherung. Für den Bereich der wirtschaftlichen Leistungen, die Renten, ist dieser unser Grundsatz des Rechtes auf diese Leistungen weithin schon durchgesetzt. Wir ringen und kämpfen noch um den Umfang, um die Höhe dieser Sicherungsleistung.

Aber für einen anderen Bereich der sozialen Sicherung, die gesundheitliche Leistung, ist diese unsere Forderung auf Rechtsanspruch noch keineswegs durchgesetzt. Das beginnt bei der Geburt, bei dem Anspruch auf Wochenhilfe und endet bei dem traurigen Schicksal des alten Menschen, der als sogenannter Pflegefall keinen Anspruch auf gesundheitliche Leistung der Krankenversicherung mehr hat. Und hier, Genossen, muß die Bundestagsfraktion stärker als bisher ansetzen. Wir werden mit diesen Dingen nicht im organisatorischen Bereich beginnen, nicht bei der Frage der Krankenkassen oder der Gesundheitsämter, sondern im Bereich der Leistungen.

Der erste Schritt ist getan durch den Antrag der SPD-Fraktion auf Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall durch den Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes (Beifall). Das ist nicht nur eine Forderung auf wirtschaftliche Gleichstellung, sondern es hat auch weitgehende Auswirkungen auf gesundheitliche Leistungen. Denn die Lohnfortzahlung bildet erst die Voraussetzung für die gleiche gesundheitliche Leistung an Arbeiter und Angestellte. Aber, Genossen, wir müssen in dieser Hinsicht noch weitere Schritte

tun, noch in diesem Bundestag weitere Schritte tun. Einige wenige Beispiele: Es muß beseitigt werden der unwürdige Tatbestand, daß der kranke Mensch, wenn er länger krank ist, wenn er die gesundheitliche Hilfe besonders dringend benötigt, ausgesteuert wird (Beifall). Es muß eine gesundheitliche Leistung ohne zeitliche Begrenzung gewährt werden (Beifall).

Ein Zweites: Die gesundheitliche Leistung des Heilverfahrens, der Verschickung, darf nicht mehr an den Tatbestand einer Einsparung zukünftiger Renten gebunden werden. Sie muß von den gesundheitlichen Notwendigkeiten abhängig gemacht werden. Es muß ein unbedingter Rechtsanspruch darauf für den in Arbeit Stehenden, aber auch für den Alten und die Hausfrau festgelegt werden.

Und ein Drittes: Es muß damit Schluß gemacht werden, daß die Mehrzahl der gesundheitlichen Leistungen heute sogenannte Kann-Leistungen sind, vom Zahnersatz bis zur Prothese des Menschen, der ein Bein oder einen Arm verloren hat. Die Kann-Leistung muß ein Rechtsanspruch, muß eine Pflichtleistung werden, auf die jeder Mensch einen Anspruch hat, der diese Leistung benötigt (Beifall).

Noch ein weiteres Beispiel: Es muß ein gemeinsamer unabhängiger ärztlicher Gutachterdienst geschaffen werden, damit nicht eine unterschiedliche Begutachtung der gleichen gesundheitlichen Tatbestände durch verschiedene Institutionen stattfindet (Beifall).

Genossen! Diese Forderungen nach Rechtsanspruch auf die gesundheitlichen Leistungen haben wir in diesem Bundestag zu stellen. Die Regierung wird sie nicht anpacken. Es ist eine Aufgabe der Sozialdemokraten, diese konkreten Forderungen schon heute und morgen zu erheben. Wir werden in dieser Hinsicht die Zustimmung der Bevölkerung finden, wenn wir uns mit allem Nachdruck und mit aller Intensität dafür einsetzen.

Genossen, noch ein letztes Wort zum Schluß! In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden — und das findet einen Widerhall in der Presse der letzten Tage —, daß das Interesse der Partei — wie einige große Zeitungen geschrieben haben — an sozialen Fragen nachgelassen habe, weil sie nicht so sehr im Mittelpunkt der Arbeit dieses Parteitags standen. Genossinnen und Genossen! Das ist ein Mißverständnis, das klargestellt werden muß, bevor wir auseinandergehen. Der Parteitag hat mit Recht vorwiegend die Fragen diskutiert, über die wir uns erst eine gemeinsame Meinung bilden und erarbeiten müssen. Über die Rolle der Sozialpolitik gibt es bei uns keine Meinungsverschiedenheiten (lebhafter Beifall), weder über den Weg noch über das Ziel. Deshalb sei der Öffentlichkeit gesagt: Die soziale Frage mag hier im Hintergrund gestanden haben, aber die Bundestagsfraktion wird dafür Sorge tragen, daß sie in der politischen Arbeit die Rolle einnimmt, die ihr zur Sicherung der sozialen Existenz der Menschen gebührt. (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender von Knoeringen:** Das Wort hat der Genosse Heinrich Deist, westliches Westfalen. Ihm folgt der Genosse Kalbitzer.

**Heinrich Deist (Neufrankenforst):** Genossinnen und Genossen! Seit einigen Tagen fängt die öffentliche Presse wieder an, über die Grundlagen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik zu rätseln. Mir scheint es richtig zu sein,

daß man in diesem Augenblick sehr deutlich noch einmal feststellt, daß die Grundlagen unserer sozialdemokratischen wirtschaftspolitischen Auffassung in zwei Tatsachen, in zwei wichtigen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zu suchen sind, und nicht nur in einer, nämlich erst einmal in den Erfahrungen der leidvollen zwölf Jahre nazistischen Regiments, ebenso in den Erfahrungen kommunistisch-totalitärer Systeme, deren Ergebnisse wir heute noch verfolgen können. Wir wissen, wie stark die Freiheit im politischen Raum mit Freiheit im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Raum verbunden ist (Beifall). Denn wir wissen genau, daß es kein totalitäres System gibt, das nicht zu gleicher Zeit politische Freiheit und wirtschaftliche Freiheit beseitigt. Wir wissen, daß es wirtschaftliche Freiheit ohne politische Freiheit nicht gibt. Wir wissen ebenso genau, daß man eine staatliche Kommando-, eine zentrale Verwaltungswirtschaft nicht aufbauen kann, ohne zugleich im Politischen das staatliche Kommando zum herrschenden Element zu machen. Es war niemand anderer als einer unserer besten sozialdemokratischen Theoretiker, Rudolf Hilferding, der nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in einer interessanten Arbeit, die er im Exil geschrieben hat, etwa folgendes feststellte:

Indem der totalitäre Staat diese sich im wesentlichen selbst regulierende Wirtschaft unter staatliches Kommando stellt, beseitigt er zu gleicher Zeit die politische Freiheit, die Meinungsfreiheit und die menschliche Freiheit. (Beifall.)

Wir sollten ein solches Zeugnis nicht überhören! Aber das ist nur die eine Erkenntnis, die wir gewonnen haben.

Es gibt eine zweite Erkenntnis. Sie ist jene, daß die Großunternehmung, ihre Zusammenschlüsse und damit die großen industriellen Verbände, die man als ein Verbandssystem bezeichnen kann, für die moderne Gesellschaft und für den Freiheitsraum in der Gesellschaft eine ungeheurere Bedeutung gewonnen haben und den Freiheitsraum in unzulässiger Weise einschränken und bedrohen. (Sehr richtig!) Das geht so weit, daß dieses Verbandssystem der modernen Gesellschaft eine Stärke und eine Bedeutung erhält, daß es den Anschein hat, als erhöbe es den Anspruch, als eine gleichberechtigte Macht dem Staate gegenüberzutreten und den Staat und sein demokratisches Funktionieren zu untergraben. Und das ist die zweite Seite. Und darum hängen für uns als Sozialisten die Fragen der Freiheit der Wirtschaft und die Fragen der staatlichen Intervention und Planung zusammen wie zwei Seiten derselben Wirklichkeit.

Genossinnen und Genossen! Darum trägt in unserem Aktionsprogramm — das sollten wir nicht vergessen; der Genosse Schmid hat schon darauf hingewiesen — ein wichtiges Kapitel der Wirtschaftspolitik die Überschrift „Planung und Wettbewerb“. Wenn wir uns heute über Planung und Wettbewerb unterhalten, sollten wir auch daran denken, daß in diesem Kapitel z. B. der Satz steht:

Der Wettbewerb der Unternehmen muß ergänzt werden durch eine volkswirtschaftliche Planung, damit in wechselnden Wirtschaftssituationen die Stabilität der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gesichert wird.

Genossinnen und Genossen! Das ist das Große und, ich glaube, Gute an unserem Aktionsprogramm, daß es eine Weite und eine Breite unserer Wirt-



schafts- und gesellschaftspolitischen Auffassungen schafft, die uns in die Lage versetzt, alle Möglichkeiten wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Tätigkeit einzusetzen, um das Ziel, das wir haben, nämlich die Umgestaltung der Gesellschaft, zu erreichen. Denn diese Gesellschaft ist nicht ein einfacher, primitiver und unkomplizierter Tatbestand, sondern ein sehr differenzierter und komplizierter Tatbestand, dem wir nur mit einer großen und weiten Auffassung über alle Möglichkeiten wirtschaftspolitischer Tätigkeit beikommen können. Wir verengen diese Größe und Weite unserer wirtschaftspolitischen Konzeption, wenn wir in dem Augenblick, in dem wir über die Mittelschichten und über den Wettbewerb sprechen, meinen, der Wettbewerb wäre die zentrale Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik; sie ist eine in ihrem Bereich. Wir verengen unsere Aufgabe auch, wenn wir bei Planung und Lenkung — sie ist eine wichtige Aufgabe gerade im Rahmen der Entwicklung, die wir vorgestern geschildert bekommen haben — meinen, damit wäre der Inhalt unserer wirtschaftspolitischen Aufgaben erschöpft. Wir verengen unseren Gesichtskreis, wenn wir meinen, daß es der alleinige und zentrale Inhalt unserer Wirtschaftspolitik sein müßte, für die Kohlenwirtschaft und die Atomwirtschaft eine gemeinschaftliche Ordnung einzuführen.

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wer sich so monomanisch auf einen Blick oder auf eine Vorstellung beschränkt oder sie in den Vordergrund stellt, verkennt einmal, wie ungeheuer vielgestaltig die Tatbestände sind, die wir zu ordnen haben; der verkennt aber auch eines, was wichtig ist: Wenn wir in diesen Tagen unseren Willen zur politischen Macht so drastisch und deutlich zum Ausdruck gebracht haben, dann liegt doch darin, daß wir bereit sind, die Probleme zu lösen, die heute und morgen vor uns liegen (Beifall). Dazu gehören die Probleme der Wirtschaft in ihrer Vielschichtigkeit, wie sie sich uns heute darbieten.

Wir wollen auch eines nicht vergessen: Bei diesem Kampf um die politische Macht wenden wir uns an Millionen und aber Millionen Menschen, die in den verschiedensten Schichten des Volkes beheimatet sind und die von uns wünschen, daß wir ihnen eine sozialistische Lösung, aber eine Lösung auch für *ihre* Probleme geben, nicht nur für Probleme eines bestimmten, und sei es noch so wichtigen Kreises der deutschen Gesellschaft.

Genossinnen und Genossen! Wenn eines in den Ausführungen von Leo Brandt und Carlo Schmid für mich beglückend war, dann ist es das, daß sich gezeigt hat, wie sich die Vorstellungen über die Lösung dieser Probleme zwanglos und selbstverständlich und ohne Schwierigkeiten in den weiten Rahmen unserer sozialistischen Auffassung über Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik einfügen, die wir seit dem Jahre 1945 entwickelt und praktiziert haben (Beifall). Genossinnen und Genossen! Wir sollten uns die Freude daran, daß unsere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, wie sie in der Vergangenheit im Aktionsprogramm, in Berlin, auf unseren Kongressen in unserer praktischen Tätigkeit und hier wieder in den Darlegungen zur Entwicklung der zweiten industriellen Revolution festgelegt wurde, wir sollten uns dieses glückliche Gefühl, das sich hier zeigt, daß es eine einheitliche Politik aus einem Guß ohne Bruch ist, wir sollten uns dieses Gefühl nicht nehmen lassen! (Vereinzelter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wenn uns in den letzten Jahren seit den Septemberwahlen 1953 eines gelungen ist, dann ist es doch wohl das,

der Öffentlichkeit die Überzeugung beizubringen, daß wir sozialistische Vorstellungen in einem geschlossenen und gültigen Programm haben, das keinerlei Mißdeutungen ausgesetzt zu sein braucht, sondern das sich zu behaupten anschickt. Das gilt nicht nur für die Außenpolitik, das gilt nicht nur für die Wehrpolitik, das gilt nicht nur für die Innenpolitik, das gilt auch für unsere wirtschaftspolitische Tätigkeit.

Genossinnen und Genossen! Wir sollten diese klare eindeutige Linie unserer Wirtschaftspolitik nicht verwässern lassen. Klarheit und Eindeutigkeit in Fragen der Wirtschaftspolitik bedeutet aber nicht, eine Einbahnschiene entlangzuwandern, sondern Klarheit und Eindeutigkeit in der Wirtschaftspolitik bedeutet klare Abgrenzung gegen „links und rechts“, klare Abgrenzung gegen totalitäre Systeme, weil wir Anhänger einer freien Gesellschaftsordnung sind, aber auch klare Abgrenzung gegen die liberalen Systeme; denn liberale Systeme wollen am Ende den Ablauf der Wirtschaft im wesentlichen sich selbst überlassen. Da beginnt der Unterschied zu unserer sozialistischen Auffassung, hier unterscheiden wir uns von ihnen. Denn unser Wille ist es, Wirtschaft und Gesellschaft bewußt neu zu gestalten. Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß wir sagen können: Es ist uns gelungen, das in der Praxis unserer Tätigkeit unter Beweis zu stellen. Wir brauchen, wie das heute oder gestern in der Presse zum Ausdruck kam, keine Abkehr von Neoliberalismus, weil wir niemals neoliberal gewesen sind. (Vereinzelter Beifall.) Wir sind und bleiben das, was wir immer waren: Eine freiheitliche Partei, aber auch eine Partei, die die Aufgabe hat, Gesellschaft und Staat umzugestalten, das heißt eine sozialistische Partei. (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender von Knoeringen:** Das Wort hat der Genosse Kalbitzer. Ihm folgt der Genosse Schiller.

**Hellmut Kalbitzer** (Hamburg): Genossinnen und Genossen! Der Vorsitzende unseres Wirtschaftspolitischen Ausschusses, der Genosse Hermann Veit, hat schon anläßlich der Debatte über die bewundernswerten Referate von Brandt und Schmid einiges über die Wirtschaftspolitik gesagt. Er hat davon gesprochen, daß etliche unserer Anhänger in der Vergangenheit über unsere Wirtschaftspolitik verwirrt waren und daß jetzt endlich Klarheit gefunden ist. Ich würde meinen, daß wir es nicht nötig haben — und insbesondere nicht der Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der SPD —, in eine solche Selbstbeschuldigung auszubrechen. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß die beiden Referate über Automation ihre Bedeutung haben in der Problematik, die außerhalb der Wirtschaftspolitik liegt, und daß das, was die beiden Genossen über Wirtschaftspolitik gesagt haben, keinerlei Anlaß zu der Vermutung gibt, daß wir mißverstanden worden seien, um dann zu solchen Selbstbeschuldigungen zu kommen. Die Schwäche unserer sozialdemokratischen Agitation in der Wirtschaftspolitik, meine ich, ist in der Vergangenheit gewesen. Wenn wir von Schwächen sprachen, liegen sie jeweils so weit zurück, daß wir uns in eine Diskussion über sie jetzt nicht einzulassen brauchen.

Daß wir uns in eine Diskussion über Schlagworte eingelassen haben, war eine Schwäche unserer Politik. Es war eine Schwäche unserer Politik, wenn wir uns

in eine Gegenüberstellung Planwirtschaft — soziale Marktwirtschaft eingelassen haben. Das waren allgemeine Reden, mit denen Erhard in seiner bekannten Art die Dinge verdreht und um die wirklichen Probleme herumgeredet hat. Die Stärke unserer wirtschaftspolitischen Arbeit in den letzten Jahren dagegen ist, daß wir von dieser Schlagwortdiskussion abgekommen und zu einer Diskussion über konkrete Punkte gekommen sind, z. B. in der Frage der Konjunkturdebatte in den letzten Wochen. Bei dieser Gelegenheit hatten wir die Möglichkeit, Erhard zu stellen; Erhard mußte bei dieser Gelegenheit Farbe bekennen zur konkreten, zur praktischen Politik. Bei dieser Auseinandersetzung, meine ich, ist Erhard nur zweiter Sieger geblieben. Diese Form der Auseinandersetzung über Wirtschaftspolitik erscheint uns außerordentlich fruchtbar. Wir haben es außerdem möglich gemacht, in der Kartelldebatte — die ja gelaufen ist und die weiterlaufen wird — unseren Standpunkt klar hervorzuheben und die Schwächen der Erhard'schen Position aufzudecken. Die Schwächen Erhards sind doch, daß er abhängig ist von Interessentenklüngeln verschiedenster Art und daß alles, was er im Prinzip vielleicht möchte, dadurch nicht zur Wirklichkeit werden kann, daß er nicht Herr seiner wirtschaftspolitischen Entschlüsse ist. Seine Schwäche besteht darin, daß er also eine Politik betreibt, die nicht, wie es seine Aufgabe als Wirtschaftsminister wäre, dem ganzen Volk und der ganzen Wirtschaft zugute kommt, daß er also eine Politik der Interessentklüngel — im Interesse des Bundesverbandes der Industrie, im Interesse einzelner partieller Agrarinteressen usw. — betreiben muß. Er ist also der Gefangene derjenigen Kreise, die den Wahlkampf von Erhard und Konsorten in der Vergangenheit finanziert haben. (Beifall.)

Ich würde es für gut halten, und ich meine, wir sollten auch im nächsten Jahr — bis zur Wahlauseinandersetzung — an dieser gezeichneten Politik festhalten und Erhard bei den konkreten Aufgaben der Wirtschaft und bei der Frage „Wie zügeln wir die Konjunktur und erhalten zugleich die Vollbeschäftigung?“ von Mal zu Mal zu stellen. Unsere Politik muß es sein, zu zeigen, daß wir für den Augenblick, für die wirkliche wirtschaftliche Entwicklung die besseren Argumente, die bessere Übersicht und die erfolgreicherer Vorschläge haben; wir müssen ihm zeigen, daß er nicht Herr einer wirtschaftspolitischen Konzeption ist, sondern daß bei ihm die Phraseologie und die harte Welt der Wirklichkeit, die Realität der Tatsachen, auseinanderklaffen. Wir würden Erhard und damit der Adenauerschen Politik den allergrößten Gefallen tun, wenn wir im kommenden Jahr wieder in die Schwächen einer überwundenen Vergangenheit verfielen und ihm die Gelegenheit gäben, wieder auf seine propagandistische Pauke zu hauen. Das ist nämlich gerade, was Erhard von uns erwartet. Wenn wir uns die Berichte der letzten Tage — die Presse hat ja über unseren Parteitag außerordentlich positiv, fruchtbar und ausführlich gesprochen — ansehen, müssen wir bemerken, daß sie gerade in der Wirtschaftspolitik — die nach Lage der Dinge auf diesem Parteitag nicht übermäßig zu Wort gekommen ist, was allerdings kein Negativum sein muß — skeptisch geworden ist, weil man von unserer Seite nicht darauf gedrängt hat, zu den konkreten wirtschaftlichen Fragen unsere im Bundestag und im Aktionsprogramm dargelegte Politik auch hier festzulegen. Wir sollten also — damit möchte ich schließen — Erhard bei seinem Wort nehmen, bei seiner wirklichen Wirtschaftspolitik stellen und sollten ihm nicht Gelegenheit geben, der konkreten Diskussion auszuweichen und in die Phrasen zu entweichen, die er in der Vergangenheit so meisterlich zu führen wußte. (Starker Beifall.)

**Vorsitzender von Knoeringen:** Zu dem jetzt neu angesprochenen Fragenkomplex hat sich nachträglich Genosse Prof. Karl Schiller zu Wort gemeldet.

**Karl Schiller (Hamburg):** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, gerade bei diesem Punkt im Anschluß an das Referat des Genossen Menzel unsere Bundestagsfraktion zu beglückwünschen zu der wirtschaftspolitischen Aktivität, die sie in den letzten eineinhalb Jahren im besonderen Maße entfaltet hat. Genossinnen und Genossen! Es ist einigermaßen erstaunlich, daß angesichts der Tatsache, daß unsere Bundestagsfraktion in der Wirtschaftspolitik seit eineinhalb Jahren der Bundesregierung um mehrere Längen voraus ist in der Initiative für die großen Fragen der Konjunkturstabilisierung, hier und an anderer Stelle von Genossen von Verwirrung der Meinungen oder von Unklarheit gesprochen wird. Ich finde, gerade das Gegenteil ist der Fall.

Die Situation ist doch so, daß die Bundesregierung seit über einem Jahr die Kontrolle über die Hochkonjunktur verloren hat. Wie ich schon einmal an anderer Stelle gesagt habe, gleicht die deutsche Volkswirtschaft einem in immer rasenderer Fahrt dahingleitenden D-Zug, bei dem der Lokomotivführer die Nerven verloren hat, bei dem die Heizer immer mehr Kohlen ins Feuer werfen, wo im Zug entlang der Schaffner Erhard läuft und das Publikum beruhigt, um die Seele des schaffenden Menschen ringt und einige Beruhigungstabletten und zollverbilligten Baldrian verteilt (Heiterkeit). In diesem Zug hat nur ein einziger kühle Nerven behalten, das ist der Bremser, in diesem Fall die Notenbank, so daß unsere volkswirtschaftliche Entwicklung in ihrer Geschwindigkeit, in ihrem Tempo, zur Zeit ausschließlich durch den Bremshebel reguliert wird. Eine solche Entwicklung, Genossinnen und Genossen, ein solches Tempo und die Regulierung des Tempos ist sicherlich nicht organisch, und auch sehr unbequem; auf die Dauer ist das so nicht zu halten.

Gegenüber diesem Bild und diesen Tatsachen hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion im September und Oktober vorigen Jahres in der Berliner Debatte und jetzt wieder im Juni einen klaren Fahrplan vorgelegt, der Zeit, Tempo, Zugfolge und Zugauslastung unserer Volkswirtschaft zu regeln geeignet ist. Dies zeigt sich besonders in einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen kurzfristiger Art und in dem von Helmuth Schmidt zitierten Gesetz zur Förderung eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums, eben unserem Gesetzentwurf über ein Nationalbudget.

Genossinnen und Genossen! Diese Aktivität, diese wirklich konstruktive Opposition ist doch nur möglich gewesen, weil Dortmund einmal war, und weil das Berliner Programm einmal aufgestellt worden ist. Auf der Linie Dortmund — Bochum — Berlin — Köln ist doch alles das erarbeitet worden, was in den letzten Jahren in der Arbeit der Bundestagsfraktion Früchte getragen hat. Vor diesem Hintergrund sollte man alles vermeiden, um diese erarbeiteten Instrumente, die reichhaltig sind — darauf ist verwiesen worden —, auf die eine oder andere Lösung monomanisch zu beschränken. Aus einem Guß sollte die Wirtschaftspolitik sein. Das war ja die Forderung an die Bundesregierung. Genau dieser Satz steht seit Dortmund in unserem Programm, und wir haben in Dortmund festgelegt, was zu einer Wirtschaftspolitik aus einem Guß, die aus Planung und Wettbewerb besteht, gehört.

Genossinnen und Genossen! Es ist sehr leicht, ein irreales Programm — ich sage ruhig, ein blutrünstiges, utopisches Programm — aufzustellen. Das kennen wir aus der Weimarer Zeit. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik führt das dann dazu, daß, wenn man dann in der Regierung ist, man das natürlich nicht anwenden kann, und dann verfällt man — denken wir an die Weimarer Zeit — in einen Verlegenheitsliberalismus, dann weiß man nämlich nicht mehr, was man machen soll. So blieb damals nur der Glaube an den Mechanismus der Goldwährung. Das ist es ja, was uns Sozialdemokraten damals so enttäuscht hat, weil das irreal, utopische Programm in der Praxis nicht realisiert werden konnte.

Jetzt, seit Dortmund und Berlin, haben wir ein reales Programm, das verwirklicht werden kann. Dieses reale Programm von Planung und Wettbewerb hat in diesem Jahr — so möchte ich schließen — seinen kleinen Befähigungsnachweis erbracht. Nun sollten wir doch auch alles dafür tun, auch hier in der Debatte, daß wir alle Gelegenheit haben, mit diesem Programm vom Jahre 1957 ab zu arbeiten, damit es dann seinen großen Befähigungsnachweis ablegen kann (Beifall).

**Vorsitzender Steinhoff:** Das Wort hat der Genosse Mellies.

**Wilhelm Mellies** (Bonn): Genossinnen und Genossen! Nur noch ein paar Bemerkungen zu den Anträgen 36 und 82. Auf den sachlichen Gehalt dieser Anträge will ich dabei nicht eingehen, das ist durch die Vorredner schon hinreichend geschehen. In diesen beiden Anträgen, insbesondere im Antrag 36, ist harte Kritik an den Konferenzen geübt worden, die wir in den letzten Monaten durchgeführt haben. Ich glaube aber, der Erfolg, der durch diese Konferenzen für die Partei entstanden ist, beweist am besten, daß diese Kritik nicht berechtigt ist. Was wollen wir durch diese Tagungen erreichen? Wir wollen erreichen — ich habe das bei der Eröffnung der Tagungen wiederholt betont —, daß die Öffentlichkeit viel stärker, als das bisher möglich war, über die Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei auf bestimmten Gebieten unterrichtet wird. Wer die Berichte nicht nur in der Tagespresse gelesen, sondern sie nachträglich auch in der Fachpresse verfolgt hat, muß sagen, daß dieses Ziel, das wir uns gesteckt haben, in einem überraschenden Maße auch tatsächlich erreicht worden ist. Ich möchte aber noch einmal ausdrücklich feststellen: auf keiner dieser Tagungen sind Beschlüsse gefaßt worden, es ist nichts gesagt worden, was über das Aktionsprogramm oder über die Beschlüsse der Bundestagsfraktion hinausging. Wir haben sogar die Vorsicht — wenn ich so sagen darf — walten lassen, daß wir die Redner auf diesen Kongressen vorher gebeten haben, in einer Sitzung des Parteivorstandes kurz darzulegen, was auf diesen Kongressen gesagt werden soll. Wir werden auch in Zukunft so verfahren. Wir haben auf dem Kölner Kongreß im Januar und auf dem Kongreß über Fragen der Mittelschichten den Weg gewählt, daß wir die Darlegungen noch dadurch vertieft haben, daß einzelne Genossinnen und Genossen zu besonderen Fachfragen gesprochen haben. Auf den Kölner kommunalpolitischen Konferenzen haben wir seit Jahren die Übung entwickelt, daß nach den Referaten Arbeitsgemeinschaften zusammentreten, um das Gehörte noch weiter durchzuarbeiten und dann am nächsten Tag Bericht zu erstatten. Auf der Verkehrskonferenz in Hamburg haben wir zum erstenmal

den Versuch gemacht, auch eine Diskussion laufen zu lassen. Aber, Genossinnen und Genossen, ich bitte, hier die Schwierigkeiten zu sehen: Eine Diskussion muß sich naturgemäß in dem Rahmen bewegen, der durch das Ziel solcher Konferenzen gesteckt ist. Ich glaube aber, wenn im Münchner Antrag gesagt worden ist, daß solche Tagungen schädlich seien, dann geht das doch über das Maß einer berechtigten Kritik hinaus. Den Parteitag möchte ich auch darüber nicht im Zweifel lassen, daß wir etwas hartnäckige Sünder sind, und daß wir die Absicht haben, auf diesem Wege weiter fortzufahren. (Beifall.) Fritz Heine hat gestern schon angekündigt, daß wir im Herbst eine agrarpolitische Konferenz abhalten wollen. Ich habe die böse Absicht, den neugewählten Parteivorstand in seiner ersten oder spätestens in seiner zweiten Sitzung mit weiteren Vorschlägen für die Abhaltung von solchen Konferenzen bekannt zu machen, weil ich der Auffassung bin, daß es für uns von außerordentlichem Nutzen ist, wenn wir die Menschen ansprechen auf den Gebieten, die sie nun einmal aus ihrer beruflichen oder sonstigen Tätigkeit heraus in ganz besonderem Maße interessieren.

Genossinnen und Genossen! Wir bitten deshalb, den Antrag 36 abzulehnen. Wir sind damit einverstanden, daß der Antrag 82, wie der Genosse Hesselbach ausgeführt hat, dem Parteivorstand als Material überwiesen wird. Wir haben nur die Bitte, daß er überwiesen wird ohne die Formulierung, es habe sich beim Kölner Kongreß um die Monologe sogenannter Experten gehandelt. Im übrigen darf ich noch sagen, daß der Parteivorstand in einer seiner nächsten Sitzungen darüber zu beraten haben wird, wie die Tätigkeit des Wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand in stärkerem Maße als bisher aktiviert werden kann.

Ich bitte, aus diesen kurzen Darlegungen zu entnehmen, daß wir uns bemühen wollen, soweit das irgend möglich ist, durch solche Kongresse das Interesse der Öffentlichkeit auf die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei zu lenken (Beifall).

**Vorsitzender Steinhoff:** Da Genosse Menzel auf ein offizielles Schlußwort verzichtet, erteile ich ihm das Wort zur Stellungnahme zu den Anträgen.

**Walter Menzel** (Bonn): Genossinnen und Genossen! Ich teile die Vorschläge des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zu den Anträgen 43 bis 51, 83 bis 94 und 105 bis 108 mit.

Der Antrag 43 des Bezirks Hannover befaßt sich mit unserem Gesetzentwurf zur Neuordnung der Rentenversicherung. Dieser Antrag schlägt vor, die Sicherung der Altersversorgung durch bestimmte Richtlinien zu ergänzen, so wie sie in dem Antrag im einzelnen aufgeführt werden. Dieser Antrag schlägt außerdem vor, auch an die Altersversicherung der selbständig Arbeitenden heranzugehen. Der Parteivorstand schlägt Überweisung an die Fraktion vor.

Der Antrag 44 des Bezirks Südwest schlägt als „Schlagwort“ für die kommende Bundestagswahl vor „Pension für alle“. Es wird Überweisung an den Parteivorstand und an die Fraktion vorgeschlagen.

Der Antrag 45 des Unterbezirks Göttingen beschäftigt sich ebenfalls mit dem Sozialplan und gibt Anregungen zu einigen wichtigen Punkten dieses Planes,

vor allem zu der Frage der Vollbeschäftigung und den Problemen der jahreszeitlich bedingten Arbeitslosigkeit. Er fordert einen Gesamtrahmenplan und beschäftigt sich weiter mit dem Problem der sogenannten vorbeugenden Gesundheitsfürsorge. Er weist ferner auf die wichtige Frage des Finanzierungsprogramms zum Sozialplan hin. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Auch Antrag 46 des Kreisvereins Flensburg befaßt sich mit der Sozialreform. Es wird Überweisung an den Parteivorstand vorgeschlagen.

Der Antrag 47 des Unterbezirks Pirmasens behandelt die Frage des Vertrauensarztwesens. Es wird Überweisung an Parteivorstand und Fraktion vorgeschlagen.

Der Antrag 48 des Landesverbandes Berlin fordert die Bundestagsfraktion auf, sich für die Beibehaltung der einheitlichen Krankenversicherung in Berlin einzusetzen. Es wird angeregt, diesen Antrag der Fraktion zu überweisen. Den gleichen Vorschlag machen wir zum Antrag 49 des Landesverbandes Berlin hinsichtlich einer für notwendig gehaltenen Novelle zum Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes.

Es sei mir gestattet, vor allem auf Grund des Beitrages des Genossen Willy Könen-Düsseldorf einige kurze Bemerkungen zu machen. Die Probleme des Gesetzes zu Artikel 131 des Grundgesetzes sind seit Inkrafttreten des Gesetzes umstritten. Ich persönlich glaube kaum, daß wir bei der Zusammensetzung des jetzigen Bundestags Aussicht haben, neue Bestimmungen in das Gesetz einzubauen, die den Kreis der durch das Gesetz zu Artikel 131 Berechtigten einengen könnten. Aber ein Zweites ist zu sagen: Um das entscheidende Problem des Gesetzes zu Artikel 131 erkennen zu können, muß darauf hingewiesen werden, daß unter den 131ern nicht nur die ehemaligen Nationalsozialisten zu verstehen sind, sondern auch drei weitere Gruppen. Es sind das die ehemaligen Pensionäre der früheren Reichsbehörden, und zwar völlig unabhängig von ihrem Dienstgrad und völlig unabhängig von ihrer früheren Zugehörigkeit zu einer politischen Partei; die zweite Gruppe sind die früheren Angehörigen der Weimarer Wehrmacht. Drittens wird durch dieses Gesetz eine Regelung der Rechte der Vertriebenen zu erreichen versucht, also jener Beamten, Angestellten und zum Teil auch Dauerarbeiter, deren Dienstherr jenseits der Oder-Neiße-Linie z. B. die Stadt Breslau oder der Landschaftsverband Ostpreußen war. Es handelt sich also um große Gruppen ehemaliger öffentlicher Bediensteter, die in keinerlei Verbindung mit der früheren NSDAP gestanden haben. Genosse Könen hat seine Bedenken gegen die weitgehende Wiedereinstellung von Mitgliedern der ehemaligen NSDAP vorgetragen. Hier läßt sich von der gesetzgeberischen Seite kaum noch eine Änderung durchführen. Es wird nämlich immer wieder übersehen, daß auch das jetzige Gesetz zu Artikel 131 — ich zitiere wörtlich — festlegt, daß „Ernennungen und Beförderungen, die wegen enger Verbindung zum Nationalsozialismus vorgenommen worden sind, unberücksichtigt bleiben und daß das gleiche gilt für Verbesserung des Besoldungsdienstalters und der Ruhegehaltsfähigen Dienstzeit“. Die Entscheidung hierüber trifft die oberste Dienstbehörde, also das Land. Sie sehen, wie wichtig es ist, daß unsere Genossen in den Gemeinden, in den Kommunalverbänden und in den Landtagen anpassen, daß die Bürgermeister und die Länderinnenminister mehr als bisher

von den Vorschriften des § 7 und § 9 des Gesetzes zu Artikel 131 Gebrauch machen, daß sie vor allem auch bei der Auswahl ihrer Mitarbeiter und Personalreferenten etwas vorsichtiger vorgehen, als es bisher geschehen ist. Der Bundesgesetzgeber allein schafft es nicht, wenn die Länderexekutive versagt. In Antrag 50 fordert der Landesverband Berlin die Bundestagsfraktion auf, mit allen Mitteln das Inkrafttreten der von der Bundesregierung vorgelegten 4. Strafrechtsnovelle zu verhindern. Wir schlagen die Annahme dieses Antrags vor.

Der Antrag 51 des Bezirks Hessen-Nord befaßt sich mit dem Nachrichtendienst Gehlen. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag sowohl der Fraktion als auch dem Parteivorstand zu überweisen.

Bei Antrag 83 des Ortsvereins Velbert geht es um die Unterstützung der Ferienaktion für Kinder und Jugendliche aus Mitteldeutschland. Wir schlagen die Annahme dieses Antrags vor.

Nach dem Antrag 84 des Landesverbandes Berlin sollen sich alle Gremien der Partei auf „Bundes-, Bezirks-, Kreis-, Orts- und Abteilungsebene“ noch mehr als bisher und in jeder Form und bei jeder Gelegenheit der Heimatvertriebenen annehmen. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag anzunehmen. Das gleiche gilt für den Antrag 85 des Kreisverbandes Rosenheim-Land, der sich mit der personell ungenügenden Besetzung der Lastenausgleichsämter befaßt.

Der Antrag Nr. 86 der Landesorganisation Hamburg berührt das sehr wichtige Problem der Bereinigung des außerordentlich zersplitterten Arbeitsschutzrechtes. Wir schlagen die Annahme dieses Antrags vor.

Der Antrag 87 des Unterbezirks Frankfurt am Main wird ebenfalls zur Annahme empfohlen. Es geht hierbei um die Durchführung der 40-Stunden-Woche auch in anderen Bereichen der Industrie, in der Wirtschaft und in der Verwaltung.

Antrag 88 des Ortsvereins Tailfingen befaßt sich mit der Frage der Stabilität des Geldes. Es wird Überweisung an die Fraktion vorgeschlagen.

Bei Antrag 89 des Unterbezirks Frankfurt am Main über die Notwendigkeit der Erhaltung gewinnbringenden Bundesvermögens wird Annahme empfohlen.

Der Antrag 90 des Kreisverbandes Rosenheim-Land, der sich mit Gewinnen aus Börsenmanipulationen befaßt, soll der Fraktion überwiesen werden.

Der Antrag 91 des Kreisverbandes Rosenheim-Land soll der Fraktion und dem Parteivorstand überwiesen werden. Er behandelt die Probleme um die Preissteigerungen.

Der Antrag 92 des Landesverbandes Berlin wird zur Annahme mit folgender kleinen stilistischen Änderung empfohlen: „Der Parteitag macht der Bundesregierung zum Vorwurf, daß sie bei den Preissteigerungen der letzten Wochen nicht eingegriffen und der notleidenden Bevölkerung im letzten harten Winter keine genügende Hilfsstellung gegeben hat.“ Es sind also nur die Worte „in diesem“ durch „im letzten“ geändert und das Wort „genügende“ eingefügt worden. Der Absatz 2 bleibt in der vorgeschlagenen Fassung. Es wird Annahme empfohlen.



Der Antrag 93 des Ortsvereins Gronau befaßt sich mit der Änderung des Grundsteuerrechts. Wir schlagen vor, ihn der Fraktion zu überweisen.

Das gleiche wird bei Antrag 94 des Kreisverbandes Rosenheim-Land angeregt, der sich mit dem vor einiger Zeit im Bundestag diskutierten Problem der Verfälschung von Lebensmitteln befaßt.

Es folgt Antrag 105 auf dem Sonderdruck, der von verschiedenen Bezirken unterschrieben ist und sich mit der Notwendigkeit einer weiteren Verbesserung der Kriessopferversorgung befaßt. Wir schlagen die Annahme des Antrages vor.

Der gleiche Vorschlag wird bei Antrag 108 des Unterbezirks Nürnberg gemacht, der die durch die Diskonterhöhungen der Bank deutscher Länder entstandenen Schwierigkeiten bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaues umreißt. Auch hier wird die Annahme empfohlen.

**Vorsitzender von Knoeringen:** Ich danke Kollegen Menzel für seine Schlußworte. Sie haben nun die Beurteilung der Anträge gehört, die zur Entscheidung stehen. Ich möchte jetzt zur Abstimmung schreiten und bitte Sie, die entsprechenden Anträge vorzunehmen. Mit dieser Abstimmung werden auch gleich die für Punkt 8 unserer Tagesordnung — dort heißt es „Sonstige Anträge“ — vorgesehenen Anträge mit behandelt. Es werden also jetzt der Antrag — ich will sie noch einmal aufrufen — 36, ferner die zu Punkt 4 der Tagesordnung abgedruckten Anträge, die Anträge 43 bis 51, die zum Punkt 8 der Tagesordnung vorliegenden Anträge 82 bis 94 und die in der besonderen Vorlage aufgeführten Anträge 105, 107 und 108 erledigt.

Ich komme zu Antrag 36. Der Genosse Mellies hat den Ablehnungsvorschlag begründet. Ich lasse darüber abstimmen und bitte Sie, durch Erheben der Delegiertenkarte Ihren Willen zu bekunden. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. — 29 Stimmen. — Die Gegenprobe? — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag 43. Es wird die Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer für die Erledigung dieses Antrags durch Überweisung an die Bundestagsfraktion stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — 1 Stimmenthaltung; sonst einstimmig angenommen.

Antrag 44: Es wird Überweisung an den Parteivorstand und die Fraktion vorgeschlagen. Wer für diese Überweisung ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Antrag 45: Es wird Überweisung an den Parteivorstand vorgeschlagen zur Bearbeitung im Sozialpolitischen Ausschuß. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Antrag 46: Überweisung an den Parteivorstand wird vorgeschlagen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Einstimmig beschlossen.

Antrag 47: Überweisung an den Parteivorstand und an die Fraktion wird vorgeschlagen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen. — Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Einstimmig beschlossen.